

Der Zentral-Arbeiter

Beizungelt seid Ihr nichts - Vereintigt alles!

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstraße 6/7 II - Fernspr.: Königsstadt 1076 - Postfachkonto Berlin 5386 - Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Anzeigen die sechsgeplattete Kleinzeile 15 Mark Anzeigen und Verbandsgebühren sind an Otto Schme, Berlin D 27, Magazinstraße 6/7 II, zu richten - Bezug nur durch die Post Preis vierteljährlich 9 Mark und Bestellgeld

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Frauenzeitung betreffend. Die Einigung des Proletariats. Unser tägliches Brot. Warum müssen wir die Schwerte ergreifen? Zur Aussperrung in Schlesien. (Beichtigung.) Aus den Gewerkschaften. Aus der Textilindustrie. Soziale Rundschau Genossenschaftliches. Vermischtes. Berichte aus Fachkreisen. Literatur. Bekanntmachungen. Achtung, Kollegen Unterhaltungsteil: Wie schützen wir uns in Haus und Beruf vor ansteckenden Krankheiten? (Schluß.)

Frauenzeitung betreffend.

Die Nr. der Frauenzeitung kann erst mit Nr. 5 des „Textilarbeiter“ verhandelt werden. Die Exped.

Die Einigung des Proletariats.

Von Hermann Jädel

Es gibt in der sozialistischen Arbeiterklasse Deutschlands keine Kategorie, welche mehr überzeugt ist von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung der streitenden sozialistischen Parteien, als die organisierte Textilarbeiterklasse. Die Textilarbeiter gehören zu den ältesten und nicht schlechtesten Truppen der Sozialdemokratie. Sie standen an der Wiege der Arbeiterbewegung, und viele Generationen hindurch haben sie bereits in der sozialistischen Gedankenwelt. Große und wichtige Parteibeiräte beherrschen sie, und bei entscheidender Stellungnahme sind sie wohl in der Lage, örtlich bestimmend zu wirken. Es sei deshalb an alle Kollegen und Kolleginnen die Aufforderung gerichtet, ihren ganzen Einfluß im Sinne der sozialistischen Einigung geltend zu machen. Auch das gewerkschaftliche Interesse erfordert dringend Beilegung des Zwistes.

Als am 9. November 1918 nach dem militärischen Zusammenbruch die sozialistische Arbeiterklasse, unterstützt von großen Schichten plötzlich zum Klassenbewußtsein erwachter Angestellter und Beamten, in revolutionärer Erhebung die alten Mächte des wilhelminischen Obrigkeitsstaates niederwarf, war die Masse des Proletariats besetzt von einem starken Willen nach Wiedervereinigung der im Kriege in zwei sich bekämpfende Parteien auseinandergefallenen politischen Arbeiterbewegungen. Unter dem Druck dieses starken in energischster Weise sich äußernden Willens kam es zur Bildung der von beiden Parteien paritätisch zusammengesetzten revolutionären Regierung, des Rates der Volksbeauftragten. Leider erfüllten sich damals die Hoffnungen auf dauernde Zusammenarbeit und schließliche Wiedervereinigung der Bruderparteien nicht. Burgfriedlicher Wind von rechts und bolschewistischer Räte Sturm von links trieben die mühsam zusammengebrachten Elemente auseinander. Beauftragt von der Tata Morgana der russischen Räte diktatur, begannen sofort nach Bildung der Revolutionsregierung die Extreme von links einen Kampf auf Leben und Tod gegen die letzten Endes demokratischen Staatsformen zutrebende Regierung; aufs engste verstrickt in die Maschinen Ludendorffscher Kriegspolitik infolge jähriger Zusammenarbeit mit reaktionär-bürgerlichen Parteien, welche imperialistischen Kriegszielen nachgingen, suchten die Extreme von rechts, weniger offen und brutal als die von links, den Boden der Revolutionsregierung zu unterminieren. Mangelnder

Glaube an die Kraft der Arbeiterklasse ließ ihnen die sofortige Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien als notwendig erscheinen.

In einer Aera unseligsten Bruderkampfes mit ihren Straßendemonstrationen und Straßenkämpfen erschöpfte sich die Kraft des Proletariats. Arbeitermorde, grandiose Irrungen und Wirrungen bezeichnen den Weg. Die Reaktion erstarkte, die alten niedergeworfenen Mächte erhoben aufs neue ihr Haupt. Viele vom Feuer der Revolution zum Klassenbewußtsein erwachten Proletarier wurden schwankend und wandten sich ab. Die Zahl der sozialistischen Stimmen ging zurück von 13 298 755, das sind 45,5 Proz. aller abgegebenen Stimmen bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919 auf 10 954 052, das sind 41,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920. Die U. S. P. D. schwoll an, die S. P. D. nahm ab, die reaktionär-bürgerlichen Parteien erhöhten die Zahl ihrer Anhänger. Aber trotz alledem: in aller Stärke tobte der Bruderkampf weiter. Die U. S. P. D., die S. P. D., die revolutionäre Sozialisten! die reaktionäre Sozialverräter! blieb das Feldgeschrei. Weiter denn je von der Einigung entfernt, standen sich die Parteien gegenüber. Kommunistischer Wind blähte die Segel der U. S. P. D. und unter Führung eines politischen Hochstaplers, genannt Sinowjew, gingen deutsche Moskaujünger ans Werk, aus der marxistisch-sozialistischen U. S. P. D. eine bakunistisch-kommunistische Partei zu machen. Der Plan mißlang, gelungen war eine Zerschlagung der U. S. P. D. und damit eine weitere Zerspaltung der Arbeiterbewegung.

Als der Kapp-Putsch Deutschland erschütterte, waren die Schäden der Zerspaltung offener geworden. Die erstarkte Reaktion hielt ihre Zeit für gekommen. Unter heimlicher Führung Ludendorffs und seiner Generale wurde Berlin besetzt. Eine Frucht des Bruderkampfes war gereift.

Schneller als die sich bekämpfenden sozialistischen Parteien es herbeizuführen vermochten, erhob sich damals das Proletariat der Handarbeit und der Kopparbeit ohne Unterschied der Richtung und der Partei zu gemeinsamer Tat. Alle Räder standen still. Zum ersten Male seit Kriegsende griffen die Gewerkschaften durch ihre Spitzen entscheidend in die politischen Kämpfe ein. Die Einheitsfront war hergestellt, die Hochverräter räumten das Feld. Moskale und noch manch andere Unglücksritter verschwanden von der Bildfläche des öffentlichen politischen Lebens, nicht zuletzt infolge des kategorischen Imperativs der Gewerkschaften unter Führung Legiens.

Aber der Bruderkampf ging weiter und wieder wurde infolgedessen das Proletariat betrogen um die Früchte seines Sieges. Indessen lebt seit jenen Tagen in der Arbeiterklasse das Verlangen nach Wiedervereinigung, nach Beendigung des Bruderkampfes. Auf's neue hatte der Kapp-Putsch den Proletariatsmassen die Kraft einer **einigen Arbeiterklasse** demonstriert. Die Wunden des Bruderkampfes kühlte jeder Einzelne der sozialistischen Proletarier, und ganz besonders die Gewerkschaftler empfanden schmerzlich die verheerenden Wirkungen des Zwistes. Sie, die im täglichen Klein- und Großkrieg mit den Kapitalisten in den Tagen des politischen Aufstiegs fen-

nen gelernt hatten, wie sehr politische Machtstellung die gewerkschaftliche Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse zu stützen und zu fördern geeignet ist, empfanden unmittelbar die Schäden des proletarischen Machtverlustes. Sie fühlten, wie die Kapitalisten in gesteigertem Selbstbewußtsein und Machtwillen immer weniger entgegenkommend den Arbeitern gegenübertraten, wie sie immer unwürdigere Zumutungen stellten, und wie sie immer gleichgültiger der Verschlechterung des proletarischen Lebensniveaus zuschauten. Hier, in den Gewerkschaften - bei den Führern wie bei den Massen - fand das Verlangen nach Einigkeit seine stärkste Stätte, und unwiderstehlich drängte sich dieses Verlangen den politischen Parteien auf. Die Frage der Einigung des Klassenbewußten Proletariats zu einheitlichem politischen Handeln und schließlich zu einer Partei steht zur Diskussion. Die Arbeit der Kommunisten mit ihren Putsch und Spaltungen steigerte das Verlangen.

Aber große Schwierigkeiten sind zu überwinden. Viel mehr als in der Gewerkschaft stellen sich in den politischen Parteien hemmende, mit den Personen der Führer verbundene Faktoren der Einigungsarbeit entgegen. Befennermut ist nicht in gleichem Maße bei allen Menschen vorhanden. Von einer Sekte, die in sich selbst zerfallen wird, träumten einstmals hervorragende Führer der S. P. D. Das war in jener Zeit, da die U. S. P. D. noch schwach war. An eine Auffassung der rechtssozialistischen Partei dachten in der Zeit ihres schnellen Wachstums Führer der U. S. P. D. Die Illusionen sind verflogen. Heute sind viele Führer der U. S. P. D. und der S. P. D. in gleicher Weise von ehrlichem Einigungswillen besetzt. Nicht bei allen Führern ist das der Fall. Görlich mit seinen zahlreichen mißachtenden und verletzenden Bemerkungen über die U. S. P. D., mit seiner Interpretation des Beschlusses über die Koalitionspolitik war ein schlechter Auftakt. Aber die rechtssozialistischen Arbeiter haben in großer Anzahl jene Methode abgelehnt. Auch Leute wie Cunow, der einstige so radikale Vorwärtsredakteur und jegliche Revolutionsprofessor, gehören nicht zu jenen Führern. Sie fürchten die Einigung und können nicht verzeihen, daß in vielen Fragen der Kriegspolitik denn doch der andere Recht behalten hat. Man lese den Artikel Cunows in Nr. 16 der „Neuen Zeit“, betitelt Einheitsfront - Illusionen. Man lese seine Schreibereien über den als Lehrer des deutschen Proletariats von der rechts- und linkssozialistischen Arbeiterklasse hochgeschätzten Kautsky, den „Vulgär-Marxisten“. Man lese seine Notiz auf Seite 384 obengenannten Heftes der „Neuen Zeit“ und unsere rechtssozialistischen Kollegen und Kolleginnen werden finden: mit solchen Leuten läßt sich keine Einigung herbeiführen. Da führt der Haß die Feder. Nicht täuschen können da vorgebrachte, scheinbar gelehrte, historische Begründungen, die am Ende nichts beweisen, als daß Cunow und Sinowjew in gleicher Weise die Spaltung der Arbeiterklasse für notwendig halten. Ueber solche „Führer“ gehen die Arbeiter zur Tagesordnung über. Sie spinnen in beiden Parteien den Faden der Einigung weiter. Die Parteitage von Görlich und Leipzig waren Etappen. In Görlich glaubten noch immer viele Führer der S. P. D., ihre Bruderpartei, die U. S. P. D., mehr oder weniger als eine quantität négligable behandeln zu können. Diese Führer brachten in Görlich das Sehnen der rechtssozialistischen Arbeitermassen nicht zum Ausdruck. Hoffentlich hat

Wie schützen wir uns in Haus und Beruf vor ansteckenden Krankheiten?

(Schluß) Von Dr. G. Wolff.

Die Bazillenträgerfrage spielt heute noch eine viel größere Rolle, da zahlreiche Soldaten, die sich im Kriege mit Typhus oder Ruhr infiziert haben, zwar geheilt sind, aber noch immer, ohne selbst krank zu sein, Bazillen ausscheiden und dadurch für ihre Umgebung zu einer Gefahr werden können. Ein besonders reiches Beispiel, wie auf diese Weise Reinfektionen entstehen können, ereignete sich einige Jahre vor dem Kriege in einem Bataillon des Hanauer Eisenbahnregiments. Hier erkrankten plötzlich in kurzer Zeit mehr als 200 Leute an Typhus, während in der Stadtbeförderung keine Erkrankungen vorkamen. Es lag auf der Hand, daß die so begrenzte Epidemie durch eine ganz besondere Ursache veranlaßt sein mußte. Durch Trinkwasser oder durch Milch konnte die Krankheit nicht verbreitet sein, da dann auch andere Menschen aus der Stadt erkrankt wären. Der Infektionserd mußte demnach im Inneren des Truppenteils selbst liegen, was bald auch die eingehende bakteriologische Untersuchung bestätigte. Es stellte sich heraus, daß eine in der Mannschaftsküche mit dem Schälen von Kartoffeln beschäftigte Frau, die vor zwölf Jahren Typhus überstanden hatte, die Infektionsquelle der Krankheit war. Die harmlose Frau war die zehnjährige Tochter der Bazillenträgerin, dabei fühlte sie sich selbst vollkommen gesund. Sie war am Abend vorher in der Mannschaftsküche bei der Zubereitung von Kartoffelsalat tätig gewesen, den die Mannschaften des betreffenden Bataillons genossen hatten. Damit erklärte sich einwandfrei, warum nur diese Mannschaften, nicht auch andere Menschen, die mit ihnen zusammenkamen, von der Epidemie betroffen wurden. Durch die Bazillenträgerin waren die Typhuskeime auf die gekochten Kartoffeln beim Schälen übertragen worden, hatten sich hier, da die Kartoffel ein ausgezeichneter Nährboden für Typhusbazillen ist, ungeheuer vermehrt und von da am gleichen Tage den Weg in den Darmkanal der Mannschaften gefunden.

Der Typhus ist hier nicht epidemisch über eine ganze Stadt, über einen ganzen Bezirk verbreitet gewesen, sondern vielmehr auf einen einzigen Herd beschränkt geblieben, auf die Kaserne des Eisenbahnregiments. Man spricht in solchem Fall besser von einer endemischen Verbreitung der Krankheit. Ähnliche Beobachtungen sind in früherer Zeit sehr häufig gemacht. Aber erst seitdem man weiß, daß Menschen jahrelang in ihrem Körper Typhusbazillen großzüchten und auf diese Weise auf andere Weise auf Gesunde übertragen können, ist das rätselhafte Auftreten dieser endemischen Typhusinfektionen voll erklärt. Auch die Tatsache, daß in bestimmten Wohnstätten, den

berüchtigten „Typhushäusern“, immer neue Bewohner an Typhus erkranken, ist fast immer durch die Ermittlung derartiger Bazillenausscheider restlos geklärt worden.

Diese Dauerausscheider oder Bazillenträger bilden eine ständige Gefahr für ihre Umgebung. Da sie sich selbst völlig gesund fühlen, geht es auch nicht an, sie auf Jahre hinaus ihrer Freiheit zu berauben, sie in einem Krankenhaus oder einer geschlossenen Anstalt unterzubringen. Denn sie sind ja eigentlich selbst nicht mehr krank, sie haben die Infektion glücklich überstanden und verfügen in ihrem Körper über genügende Schutzstoffe zur Unschädlichmachung der krankheitserregenden Bazillen, die sie noch beherbergen. Aber andere Menschen, die gegen Typhus nicht geschützt, nicht auf natürliche Weise immunisiert sind, können jederzeit durch die Bazillenträger infiziert werden. Die Keime, die dem Bazillenträger selbst unschädlich sind, werden wieder höchst virulent (giftig), wenn sie auf einen neuen Nährboden, auf einen neuen Wirt übertragen werden. Das kennen wir von zahllosen anderen Bakterien auch.

Eine andere Krankheit, die nicht selten durch Bazillenträger verbreitet wird, ist die Diphtherie. In der Regel verschwinden die Diphtheriebazillen aus dem Munde und Rachen des Erkrankten nach vier bis sechs Wochen, zuweilen schon früher. Da die Keime charakteristische Wachstumsformen haben, läßt sich das bakteriologisch mit großer Sicherheit feststellen. In vereinzelten Fällen bleiben die Diphtheriebazillen aber noch monatelang nachweisbar. Der betreffende Mensch fühlt sich dabei völlig gesund, hat kaum noch irgendwelche Beschwerden, da er durch die Schutzeinrichtungen des Körpers unempfindlich gegen das Diphtheriegift geworden ist. Wir brauchen nicht zu betonen, daß auch er eine ständige Gefahr für seine Umgebung bildet, um so mehr, als die Diphtherie nicht selten durch Anhaften übertragen wird. Auf diese Weise haben sich Ärzte häufig genug bei der Untersuchung Diphtheriekranker infiziert.

Zumertin liegen die Verhältnisse bei der Diphtherie nicht so verwickelt wie beim Typhus, da die Diphtheriekranken nach dem Stande der heutigen Untersuchungen die Keime nicht so lange mit sich herum schleppen, wie es nachweislich die Dauerausscheider der Typhusbazillen tun können. Nach einigen Monaten sind gewöhnlich die infektionsfähigen Diphtheriebazillen aus der Mundhöhle verschwunden. So lange kann man die Kinder, die ja die überwiegende Zahl der Diphtheriekranken bilden, ganz gut von anderen absondern, entweder im Krankenhaus oder in der Wohnung, kann sie vom Schulbesuch fernhalten und ähnliche Schutzvorrichtungen treffen. Das läßt sich aber nicht für die Typhusbazillenträger durchführen. Beispielsweise kann die Frau, die in Hanau die Typhusepidemie von endemie verursachte, auf Grund einer Erkrankung, die sie vor zwölf Jahren überstanden hat, unmöglich auf Jahre ins Krankenhaus gesteckt werden. Das würde ihr und allen Personen, denen es ähnlich ergeht, am aller-

wenigsten passen. Da die andern Menschen aber vor solchen Infektionsquellen geschützt sein wollen, so ist es tatsächlich äußerst schwierig, ohne Verletzung der persönlichen Freiheit den richtigen Ausweg zu finden. Zunächst ist es erforderlich, an das soziale Gewissen derartiger Bazillenträger zu appellieren, ihnen bemußt zu machen, daß sie durch leichtsinnigen Umgang unsägliches Leid über andere Menschen bringen können. Außerste Sauberkeit zum mindesten, womöglich ausreichende Desinfektionsmaßnahmen sollten alle Menschen, die als Dauerausscheider bekannt sind, unter schuldiger Rücksichtnahme auf ihre Mitmenschen beobachten. Außerdem erfordert die soziale Hygiene, daß sie zur Herstellung und Zubereitung von Nahrungsmitteln im Gewerbebetriebe und im Hause nicht zugelassen werden. Wenn darunter die Erwerbsfähigkeit der Bazillenträger leidet, so muß ihnen vom Staat im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege eine entsprechende Entschädigung gewährt werden.

Auf eine besondere Art von Bazillenträgern sei zum Schluß noch hingewiesen. Wir sprachen bisher nur von solchen, die früher selbst einmal erkrankt waren und von dieser Infektion her die Keime noch beherbergen. Nun gibt es nachgewiesenermaßen auch Individuen, die solche Keime mit sich herumtragen, ohne selbst jemals erkrankt gewesen zu sein. Solche Menschen sind natürlich besonders gefährlich; meist handelt es sich um Erwachsene, die auf diese Weise die Krankheit nicht selten auf ihre Kinder übertragen. Erwachsene, die für Diphtherie selbst nicht empfänglich sind, aber Bazillen führen und auf andere Menschen übertragen, sind nicht so selten; häufiger geschieht das noch bei der Verbreitung der epidemischen Genickstarre, einer Krankheit, die jetzt nur vereinzelt vorkommt, zu Zeiten aber, wie 1904/05 in Oberschlesien, eine ungeheure Verbreitung annehmen kann. Ähnlich ist es auch mit der sogenannten spinalen Kinderlähmung, die zuerst in Schweden beobachtet wurde, bald aber auch in allen andern Ländern der Welt, glücklicherweise immer nur vereinzelt, aufgetreten ist. Auch hier spielen gesunde Zwischenträger eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Krankheit.

Die Wege, auf denen die Infektionskrankheiten sich ausbreiten können, sind ungemein mannigfaltig. Darum müssen die Mittel, die wir zur Abwehr der krankheitserregenden Bakterien und Protozoen anzuwenden gezwungen sind, ebenso vielfältig sein. Auf der einen Seite steht die Kräftigung des gefährdeten Menschen, die Gewährleistung möglichst gesunder Lebensverhältnisse, auf der andern der Kampf gegen die Bazillen selbst durch Schutzimpfungen und Heißer, durch chemische Heilmittel und keimtörende Antiseptika im Vordergrund der hygienischen Maßnahmen. Im allgemeinen können wir zufrieden sein mit den Erfolgen, die wir dank den unermüdbaren Bemühungen der Ärzte, dank den Forschungen Jenner, Pasteurs, Kochs, Ehrlichs, Behrings errungen haben - um nur die größten Pfadfinder auf dem Gebiete der Bakteriologie und Immunitätswissenschaft zu nennen.

Die der von innerer Geschlossenheit und Konsolidierung zeugende Parteitag in Leipzig eines besseren belehrt. Wer als Gewerkschafter, und noch dazu als U. S. P.-Mann benötigt ist, vor Arbeitern, welche der rechtssozialistischen Partei angehören, zu sprechen, der weiß, die Arbeiter verlangen die Einigung unter allen Umständen.

Gewiß ist die U. S. P. D. zur Zeit, nach dem mörderischen Bakunin-Anschlag, numerisch schwächer als die S. P. D. Ungleiches politische Größen vereinigen sich schwer. Aber der reiche Ideengehalt in Verbindung mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Zeit werden bei einer die Gesetze der Dekonomie streng beachtenden, jeden Rückfall in bakuninistisch-kommunistische Spielereien vermeidenden Politik das Wachstum und den steigenden Einfluß der U. S. P. D. garantieren. Es war deshalb ein taktisch kluger Zug, als Friedrich Adler aus Wien, unter Betonung der Notwendigkeit der Einigung, in Leipzig den auf ihre Stärke pochenden rechtssozialistischen Führern gegenüber auf die unvergänglichen Verdienste der U. S. P. D. während des Krieges hinwies und diese Partei als eine gesunde Partei bezeichnete.

Die Kommentare, welche dem Leipziger Parteitag der U. S. P. gewidmet werden, beweisen, daß man die dort geführte Sprache verstanden hat. Gewiß, der Parteitag hat nicht so deutlich gesprochen, wie mancher es gewünscht hat. Parteitage lieben nicht mehr jene Offenheit, wie wir es gewohnt waren, solange ein Bebel dirigierte und wie es z. B. auf unseren Textilarbeiterverbandsstagen üblich ist. Der Fortschritt in Leipzig ist aber ununterbrechbar. Die Bahn ist frei für ein Zusammenarbeiten der beiden Parteien.

Es ist die Frage der Koalitionsregierung, welche scheinbar die künftige Verschmelzung der Parteien verhindert, und scharfe Töne über die rechtssozialistische Koalitionspolitik wurden von Dittmann in Leipzig angeschlagen. Es kann nicht alles als richtig anerkannt werden, was da gesagt wurde. Manches, was man als Folge der Koalitionspolitik bezeichnete, war lediglich eine Folge des proletarischen Bruderkampfes. Ebenso fern liegt es, die rechtssozialistische Koalition mit der „Partei der Millionäre“ gutzuheißen; selbst eine Koalition mit der sogenannten demokratischen Volkspartei scheint bei der ausgesprochen kapitalistischen Orientierung dieser Partei nicht unbedenklich. Kathenau ist doch nur ein weißer Kabe. Aber wichtiger als das ist doch die ausdrückliche Betonung durch die U. S. P.-Redner, daß neue Situationen neue Stellungen erfordern; daß man an Österreichs Koalitionspolitik nichts auszuwenden hatte. Damit ist aus der grundsätzlichen Frage eine Frage der Taktik geworden. Sie ist aber, wie Bernstein im „Vorwärts“ ganz richtig sagt, auch eine eminent politische Frage. Wer zweifelt daran, daß eine Zusammenfassung der S. P. D. mit der U. S. P. D. zu einer großen Einheitspartei in Deutschland eine ganz neue politische Situation schaffen würde und eine gewaltige politische Machterweiterung für das Proletariat die Folge wäre? Wer glaubt daran, daß eine so große Partei, welche nahezu die Hälfte aller Reichstagswähler und die entschiedensten Verfechter der demokratischen Republik in sich schließt, die Leitung der Politik ohne weiteres reaktionär-bürgerlichen Parteien überlassen würde! Eine Partei, welche Politik machen will, kann in bestimmten Situationen in Zeiten des Ueberganges zu neuen politischen Machtverhältnissen und sozialen Wirtschaftsorganisationen im parlamentarisch regierten Staat nicht mit nichts dir nichts einem Dogma zu Liebe die Regierungssitze feindlichen Parteien überlassen, d. h. solange sie zur vollständig selbstständigen Regierungsbesetzung nicht mächtig genug ist. Die Einigung des Proletariats bedeutet die Lösung der Frage der Koalitionspolitik.

Selbstverständlich will die U. S. P. die Einigung nur auf dem Boden des Klassenkampfes. Aber man frage die rechtssozialistischen Arbeiter, ob sie nicht auch im Klassenkampf den Hebel des Fortschrittes erblicken und immer erblickt haben. Keiner wird mit nein antworten. Sie alle wollen den Kampf, schärfsten Kampf, Klassenkampf. Die Einigung des Proletariats an sich bedeutet Verschärfung und Stärkung des Klassenkampfes. Die Spaltung bedeutet immer Schwächung, auch dann, wenn mit dem Wort „Klassenkampf“ und „Revolution“ noch soviel herumgeworfen wird.

Es gibt keine Gegenfälle, welche stark genug wären, um die fernere Spaltung der politischen Arbeiterbewegung zu rechtfertigen. Das Interesse des Proletariats im allgemeinen, das Interesse der Gewerkschaften im besonderen erfordern Begrabung der Streitart. Mögen deshalb die Arbeiter und Angestellten in beiden sozialistischen Parteien energischer und lauter als bisher ihre Stimme erheben! Mögen sie allen Verdunklungs- und Verwirrungsmanövern, wo und von wem sie immer kommen, ihre klare Einsicht entgegenstellen! Mögen sie handeln nach den ehrlichen Worten eines klugen Vorkämpfers der Arbeiterbewegung: Einigung mit den Führern, wenn diese wollen, ohne sie, wenn sie untätig bleiben, trotz ihnen, wenn sie widerstreben. Einheit um jeden Preis!

Unser tägliches Brot.

Eine neue Notbotenschaft trifft jetzt die arbeitende Bevölkerung, die in einer bisher nicht für möglich gehaltenen Preissteigerung von 70 Prozent für Getreide, der eine Preissteigerung von 75 Prozent für Brot folgen wird, besteht. Das 1900-Gramm-Brot, das bisher durchschnittlich 7 M. gekostet hat, wird Mitte Februar 12,25 M. kosten. Diese Preissteigerung stellt eine ungeheure Belastung der armen Bevölkerung dar, die zu Konsequenzen führen muß, die sich heute noch nicht im entferntesten übersehen lassen. Es ist weiter noch zu beachten, daß die Erhöhung der Post- und Eisenbahntarife, die Belastung aller Verbrauchsgegenstände mit neuen Steuern, die beachtliche Erhöhung der Kohlenpreise eine ganz stürmisch ansteigende Teuerungswelle auslösen werden. Diese Teuerung wird eine starke Einschränkung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen zur Folge haben. Bei der Verteuerung des notwendigsten Bedarfsartikels der breiten Volksmassen, des Brotes, offenbart sich der Bankrott der deutschen Steuerpolitik. Auf der einen Seite ist man nicht in der Lage, von den Besitzenden die Steuern einzutreiben zu können, deren das Reich zu seiner Erhaltung dringend bedarf. Der Kampf um die Steuern ist noch nicht von der alten Stelle gerückt. Nachdem man keinen anderen Ausweg mehr weiß, greift man zur Verteuerung des Brotes und wälzt somit die Lasten auf die breiten Massen des werktätigen Volkes, welches schon schwer unter der bisherigen Belastung zu tragen hat. Die Tendenz geht darauf hinaus, die deutsche Arbeiterklasse die Kosten des Zusammenbruchs allein tragen zu lassen. Dies hat zur Folge, daß sie auf eine immer niedrigere Stufe der Lebenshaltung sinkt. Die Arbeiterklasse muß sich deshalb ganz entschieden gegen die Verschlechterung ihrer

Lebenshaltung zur Wehr setzen, muß Mittel und Wege suchen, um einen Ausgleich für die neuerliche Belastung herbeizuführen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft hatte dazu geführt, daß sich die Preise für alle Lebens- und Bedarfsartikel in scharf ansteigender Kurve den Weltmarktpreisen genähert haben, in einzelnen Fällen sie bereits überstiegen. Die Folgen dieser Verteuerung können entweder nur im Lohnausgleich oder schließlich durch Anwendung anderer durchgreifender Mittel beseitigt werden.

Nach den Berechnungen des statistischen Reichsamts, dem die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung nach dem Stande von Mitte Dezember zugrunde liegen, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten vom November zum Dezember von 1397 auf 1550, demnach um 153 Punkte oder 11 vom Hundert gestiegen. Gegenüber Dezember 1920 beträgt jetzt die Steigerung 66 vom Hundert, gegenüber Januar 1921 = 64,2 vom Hundert und gegenüber Mai, dem billigsten Monat im Vorjahre, 76 vom Hundert. Daneben wurden aber weitere beträchtliche Steigerungen der Preise für Lebensmittel festgestellt. Die Indexziffer für Ernährungsausgaben allein, die im November 1914 betragen hätte, ist um 174 Punkte oder 9,1 vom Hundert auf 2088 gestiegen. Gegenüber Januar bedeutet dies eine Steigerung um 65,1 vom Hundert, gegenüber Mai um 81,3 vom Hundert. Zu der Erhöhung der Ernährungsausgaben tragen im Betrachtmonat fast sämtliche Lebensmittel bei.

Außerordentlich lehrreich ist nachstehende Uebersicht:

November	Eggsartoffeln	Erdäuter	Weißbrot	Kaffee	Ausl. Schweinefleisch
(Preise für 1 Kilogramm in Pfennigen)					
1913	6,5	282,2	52,9	312,9	146,4
1914	9,5	305,6	61,2	322,9	199,0
1919	33,3	1427,6	110,3	—	2212,6
1920	92,7	3595,7	288,6	6440,0	4275,0
1921	221,5	8189,6	451,3	7785,0	7431,5

Ferner sind seit der Vorkriegszeit die Preise für eine Kilogramm Erbsen von 39,9 auf 974,7 Pf. für Reis von 48,6 auf 1350,9 Pf. und für einen Liter Vollmilch von 21,0 auf 444,5 Pf. (auf Marken) gestiegen.

In welcher Weise die Getreidepreise bereits bisher gestiegen sind, wird durch folgendes Beispiel gezeigt:

Daß der Doppelzentner Weizenmehl, der am 9. Dezember 1922 in Berlin mit 970 bis 1060 M. bezahlt wurde, im November 1921 noch mit 395,10 M. zu haben war und im entsprechenden Monat des Jahres 1913 durchschnittlich etwa 59,25 Mark kostete, läßt erkennen, in welcher unerklärlicher Weise mit den wichtigsten Nahrungsmitteln des Volkes Wucher getrieben worden ist. Damit sind wir noch nicht am Ende. Nach den neuerlichen Bekanntmachungen der Regierung wird der Preis für Getreide um 70 Prozent erhöht, so daß die arbeitende Bevölkerung den Schmachtriemen in Zukunft noch enger schnallen muß.

Zur Begründung der Erhöhung der Getreidepreise wird halbamtlich mitgeteilt:

„Bei der letzten Festsetzung des Brotpreises bestand bei der Regierung die Absicht, den Preis möglichst bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres beizubehalten. Die Durchführung dieser Absicht erweist sich als unmöglich, und zwar in der Hauptsache aus zwei Gründen: erstens infolge des ständigen Druckes der Entente auf Abbau der Reichszulüsse und zweitens infolge der seit der letzten Festsetzung eingetretenen außerordentlichen Verschlechterung der Valuta.“

Die letzte Festsetzung der Preise für Getreide und Mehl durch die Reichsgetreidestelle ist bei Beginn des neuen Wirtschaftsjahres — Mitte August 1921 — vorgenommen worden. Auf der Grundlage der damals festgesetzten Preise stellt sich das 1900-Gramm-Brot im Durchschnitt auf etwa 7 M., in vielen Orten niedriger, in anderen, z. B. Berlin, etwas darüber. Die Versorgung der Bevölkerung mit rationiertem Brot erfordert rund 4 1/2 Millionen Tonnen, wovon 2 1/2 Millionen Tonnen durch die Umlage, der Rest durch eingeführtes Getreide gedeckt werden soll. Die Kosten des Auslandsgetreides liegen um ein Mehrfaches über dem Verkaufspreis der Reichsgetreidestelle. Der Abgabepreis entspricht einem Getreideeinheitspreis, welcher nur wenig über dem für das Umlagegetreide gezahlten Preis liegt. Dieser Abgabepreis konnte nur gehalten werden unter erheblicher Zuhilfe von Reichsmitteln. Zu diesem Zwecke sind für die Zeit bis zum 31. März 1922 im Reichshaushaltsplan 3,27 Milliarden Mark bewilligt worden. Infolge der starken Verschlechterung der Valuta haben sich aber die Kosten für die Auslandskäufe sehr viel höher gestellt. Einem Beschluß des Reichstages folgend ist in jüngster Zeit von der Reichsgetreidestelle auch freies Inlandsgetreide aufgekauft worden. Diese Aufkäufe können aber schon mit Rücksicht auf die dadurch eintretenden Preissteigerungen nur mit Vorsicht erfolgen und nur beschränkte Mengen in die öffentliche Hand bringen. In der Hauptsache ist die Beschaffung des Restbedarfs aus dem Auslande nicht zu vermeiden.

Die Gesamtausgabe für das Auslandsgetreide wird sich voraussichtlich so stellen, daß bei Beibehaltung der bisherigen Abgabepreise von dem Reich an Verbilligungszulüssen etwa 16,4 Milliarden Mark für das ganze am 15. August 1922 abgelaufene Wirtschaftsjahr aufzuwenden sein würden, so daß außer den bereits bewilligten 3,27 Milliarden Mark noch weitere 13,15 Milliarden Mark erforderlich würden. Bei Berechnung dieser Summen ist das bereits gekaufte Auslandsgetreide mit dem tatsächlichen Kaufpreis, der noch zu beschaffende Rest auf der Grundlage der voraussichtlichen Weltmarktpreise und des derzeitigen durchschnittlichen Dollarkurses von 180 eingeseht worden. Bei einem Kursstand des Dollars von 100 M. würde die Zuhilfe des Reiches für die Brotverteuerung immer noch über 12 Milliarden Mark bis zum 15. August 1922 betragen; bei einem Kursstande des Dollars von 250 M. 20,2 Milliarden Mark. Abgesehen von der Finanzlage des Reiches, welche die Aufbringung derartiger Mittel als ausgeschlossen erscheinen läßt, zwingt der dauernde Druck der Entente zum Abbau dieser Zulüsse als Voraussetzung für Erleichterungen unserer Verpflichtungen.

Aus diesen Gründen hat sich die Reichsregierung genötigt gesehen, den Gedanken einer Erhöhung der Mehl- und Brotpreise näherzutreten. Das Reichskabinett hat beschlossen, die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle für Mehl und Getreide mit Wirkung vom 16. Februar 1922 ab zu erhöhen. Diese Erhöhung wird eine Steigerung des Brotpreises zur Folge haben, die nach den angestellten Durchschnittsberechnungen auf etwa Dreiviertel des jetzigen Preises zu veranschlagen ist, wobei sich je nach den örtlichen Verhältnissen in den einzelnen Kommunalverbänden Abweichungen nach oben oder unten ereignen können. Bei der Durchschnittsberechnung ist die voraussehbare Erhöhung der Aufkosten nach Möglichkeit bereits berücksichtigt.

Auch bei dieser Erhöhung der Mehl- und Brotpreise wird das Reich bei einer Zugrundelegung des derzeitigen durchschnittlichen Dollarkurses für die Abdeckung der Auslandseinkäufe immer noch 10,6 Milliarden Mark und selbst bei einem Dollarkurse von 100 M. noch 6,25 Milliarden Mark aufzuwenden haben, also selbst im letzten Falle noch etwa das Doppelte von der bisher bewilligten Summe. Die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise bedeutet zweifellos eine schwere und sehr bedauerliche Belastung der Lebenshaltung der Bevölkerung. Ansehlich der Gestaltung der politischen und finanziellen Verhältnisse ist sie aber nicht zu vermeiden.“

Die Gründe, die hier angegeben werden, sind nicht in allen Fällen stichhaltig, denn nachdem die Regierung dazu kam, die Zwangswirtschaft für Getreide aufzuheben, mußte sie sich klar darüber sein, daß durch die völlig freie Bewirtschaftung des Getreides eine ungeheure Verteuerung des Getreides eintreten müßte. Das Getreide-Umlageverfahren war ja nur eine kurze Zwischenstation, die sich eben nicht halten konnte. Daß für die Preissteigerung lediglich die Schuld auf die Entente geschoben werden kann, trifft in keiner Weise zu. Die Schuld liegt unseres Erachtens mehr an der Steuerabotage der Besitzenden und in

der Unentschlossenheit der Regierung, die Besitzenden so zur Steuerzahlung heranzuziehen, wie dieses im Hinblick auf die Finanzlage des Reiches notwendig gewesen wäre. Wenn die Entente jetzt verlangt, daß die Zulüsse für die Getreideverbilligung nicht mehr gewährt werden sollen, so lediglich aus dem Grund, weil sie hierin ein Mittel mit erblickt, welches zusammen mit anderen eine Bilanzierung des Reichshaushaltes ermögdicht. Der bisherige Ernährungsminister Dr. Hermes hat auf dem Zentrums-Parteitag selbst zugegeben, daß auch, wenn der Druck der Entente nicht vorhanden wäre, er dazu gekommen wäre, das Umlageverfahren für das Getreide zu beseitigen. Er sagte unter anderem: „Wir würden in ganz katastrophale Verhältnisse gekommen sein, wenn wir neben den anderen Preissteigerungen, namentlich der Kartoffeln, auch noch eine derartige Getreidepreissteigerung gehabt hätten. Ob wir im nächsten Jahre das Umlageverfahren beibehalten müssen, läßt sich heute noch nicht sagen. Wenn die Verhältnisse so schwer auf uns lasten sollten, wird die freie Bewirtschaftung nicht möglich sein. Wir werden aber das Verfahren auf Grund der gemachten Erfahrungen veredeln. Der Entschluß zur Brotpreissteigerung ist mit und der Regierung schwer geworden, aber selbst, wenn der Druck der Entente nicht wäre, hätten wir die Erhöhung vornehmen müssen, um unsere Finanzen zu sanieren. Eine Aufschubwirtschaft von jährlich 16 bis 18 Milliarden bedeutet den Ruin. Auch jetzt noch wird die Last des Reiches 10 Milliarden betragen. Ich mache kein Hehl daraus, daß unser Steuererwartungsapparat nicht funktioniert und wir in einem Steuerhumpf stecken.“

Hiermit hat Hermes den von der Regierung in dem halbamtlichen Schreiben angeführten Grund selbst widerlegt. Es liegt in Wahrheit so: Weil die Reichen keine Steuern zahlen und wir im Steuerhumpf stecken, deshalb wird jetzt den Armen das tägliche Brot so ungeheuer verteuert werden, daß es für sie zu einem Luxusgegenstand wird. Es trifft aber auch nicht zu, daß durch die Valutaverfallung es nicht möglich gewesen sei, das bisherige Umlageverfahren beizubehalten. Sagen wir es doch offen heraus: die Regierung wollte dies gar nicht. Das Umlageverfahren war doch nur eine Art Kulisse für die Beseitigung der Zwangswirtschaft des Getreides. Zum anderen hat die Reichsregierung durch Private und dann später selbst große Getreidemengen in Deutschland gekauft, so daß also die ungeheuren Summen, die die Regierung für dieses Getreide ausgeben mußte, nicht in das Ausland geflossen, sondern lediglich den deutschen Agrariern und den Händlern zugute gekommen sind. Es hat sonach dieses mit der Valutaverfallung wenig oder nichts zu tun. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß die Agrarier ihr Getreide nicht abgesehen haben, sondern es einfach im freien Handel veräußerten, und die Regierung sah sich dann gezwungen, es im freien Handel zu kaufen. Die Regierung hat eben vor den Agrariern kapituliert. Die Unternehmer haben mit den Agrariern im Grunde den Abbau der Zwangswirtschaft durchgesetzt in der Absicht, sich zu bereichern. Werden sie nun auch die Löhne der Arbeiter in entsprechender Weise erhöhen?

Warum müssen wir die Sachwerte erfassen?

Von Clemens Körpel, Berlin.

RWK. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund, haben zur Herbeiführung der Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands 10 Forderungen aufgestellt, deren erste wie folgt lautet:

„Beteiligung des Reiches an den Sachwerten.“

Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Ertragnisse der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.“

Diese Forderung ist geboren aus der tiefen Erkenntnis, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, und daß es sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht länger gefallen lassen dürfen, wenn die Unternehmer die Arbeitnehmer und auch den Staat als solchen nur noch als Spielball ihrer Klasseninteressen und Desamnen für ihre Maßnahmen gebrauchen wollen. Es ist unmöglich, daß ein Volk von 60 Millionen in ewigem Gange und Bange schwelmt und nicht die Gewißheit haben kann, daß an den vorgeschriebenen Terminen die Reparationsverpflichtungen erfüllt werden können, nur deshalb, weil die Unternehmer nicht gewillt sind, die Folgen des von ihnen heraufbeschworenen Weltkrieges zu tragen, sondern im Gegenteil, auch hieraus noch Ertragsgewinne erzielen wollen.

So notwendig es ist, den Herrschergelüsten der Industrie entgegenzutreten, so dringend erforderlich ist es aber auch, sich klar zu werden, was unter Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse, in welchen wir uns befinden, unternommen werden kann. Die Erfassung der Sachwerte soll die so dringend notwendige Gesundung herbeiführen. Wie bei vielen anderen nach Beendigung des Weltkrieges aus den Verhältnissen herausgehobenen Problemen handelt es sich auch hier um etwas durchaus Neues, und mit der Forderung der Erfassung der Sachwerte ist noch nicht in genügendem Maße diese Erkenntnis auch in den breiten Massen der Bevölkerung vertieft und verbreitet, und darüber hinaus wird es sich heute auch noch nicht auf das i-Tüpfelchen feststellen lassen, wie diese Maßnahme überhaupt durchgeführt werden soll und kann.

Es ist natürlich unsere Pflicht, den besten Weg für die Durchführung dieser Aufgabe zu finden, nicht nur wenigen unserer Volksgenossen zu überlassen, von denen man annimmt, daß sie schon das Richtige treffen werden, sondern es muß unbedingt für diese Dinge in möglichst breiten Kreisen der Bevölkerung Interesse erweckt werden und viele müssen sich für berufen halten, ihre geistigen Kräfte in den Dienst der Lösung dieser Fragen zu stellen. Vor allem muß einmal die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten überhaupt wissen, um was es sich eigentlich bei der Erfassung der Sachwerte handeln soll. Selbstverständlich sind auch über den Effekt dieser Maßnahmen die Ansichten noch verschieden, was sich ohne weiteres aus der Neuheit der Materie selbst erklärt.

Der Staat ist heute das Opfer der Maßnahmen des Unternehmertums. Durch die Erfassung der Sachwerte würde er unmittelbar an gesamten Nationalvermögen beteiligt sein und in demselben Maße wieder an Einfluß gewinnen. Dies ist eine unbedingte Notwendigkeit, denn die Aufrechterhaltung eines Staates ist auf die Dauer nicht möglich, wenn derselbe einer kleinen Schicht von Kapitalisten und deren unkontrollierbaren Maßnahmen ununterbrochen ausgeliefert ist. Den Staatsaufgaben ideell und materiell zu stärken ist das erste wichtige Ergebnis, wenn es gelänge, die Sachwerte zu erfassen.

Durch die Devisen Spekulation, Aktienpekulation usw. schwankt der Wert der Mark unaufhörlich, im großen und ganzen zeigt die Mark, von den ganz sprunghaftesten Kursveränderungen und Einflüssen der letzten Tage einmal abgesehen, eine stetig sinkende Tendenz. Wenn der Staat nach dem bisherigen System keine Einnahmen aus den direkten und indirekten Steuern erhält, so ist gegenüber den fortwährenden Kurschwankungen dieses System nicht anpassungsfähig genug. Es dauert Monate, bis ein Steuerertrag durchgearbeitet ist, weitere Monate, bis es Geleht wird, Monate und Jahre, bis es durchgeführt werden kann. Bis zur Eingliederung der Steuern haben sich vielfach die Verhältnisse infolge Veränderung der Valuta ganz anders gestaltet, und die Steuereinnahmen haben für den Staat nicht mehr den ursprünglich angenommenen in n e r e n Wert. Da bei der Verschlechterung des Standes der Mark sich die Ausgaben des Staates jedoch dieser Entwicklung anpassen müssen, vom Staat erhöhte Aufwendungen gemacht und diese durch erhöhten Papiergeldumlauf bestritten

werden, tritt hierdurch eine weitere Verschlechterung der Kaufkraft der Mark wieder ein. Durch die Erfassung der Sachwerte könnte hier eine Gesundung endlich angebahnt werden, wenn die Verzinsung der Anteile des Staates in Goldmark zu erfolgen hätte. J. B. der Staat hat an einem Unternehmen einen Anteil von 100 000 Goldmark und erhält hierauf 5 Prozent Goldmarkzinsen = 5000 Goldmark. Wären diese Zinsen im Mai 1921 fällig gewesen, wo der Dollar 62 Mark = das rund Fünffache der Friedensparität kostete, dann würde dieses Unternehmen 15 x 5000 Goldmarkzinsen = (in Papiermark) 75 000 Mark zu bezahlen haben. Bei dem Stande des Dollars im Dezember von 220 Mark = das rund Fünffache der Friedensparität, würde die Umrechnung von Goldmarkzinsen in Papiermarkzinsen 50 x 500 Mark = 25 000 Papiermark betragen, so daß also der ignere Wert der Einnahmen des Staates aus den Sachwerten unabhängig von der Veränderung der Valuta wäre und der Staat mit diesen Einnahmen seine Beamten, Angestellten und Arbeiter den Valutaverhältnissen entsprechend bezahlen könnte, ohne gezwungen zu sein, immerwährend neue Steuerquellen zu erschließen. Die Stabilität der Staatseinnahmen wäre mithin der zweite Erfolg der Erfassung der Sachwerte.

Dann könnten aber für diese erfassten Sachwerte in Form von Pfandbriefen unsere Reparationsverpflichtungen, soweit sie in Geld zu bezahlen sind, gedeckt werden, indem die Entente diese Pfandbriefe gegen Verzinsung erhält. Wenn jährlich an Geldleistungen (abgegeben von den Sachleistungen) eine Milliarde Goldmark zu bezahlen sind, könnten in dieser Höhe Pfandbriefe, welche durch die Sachwerte gedeckt sind, in Zahlung gegeben werden, die mit 5 Prozent in Goldmark zu verzinsen wären. Der Staat brauchte für diese Verzinsung nur 50 Millionen Goldmark Deniken zu beschaffen, also den zwanzigsten Teil des bisherigen Bedarfs, und der Devisenspekulation wäre hierdurch schon zum größten Teil der Boden entzogen. Außerdem würde das Damoklesschwert der Besetzung des Ruhrgebietes, wenn an den Fälligkeitsterminen der Entente die Zahlungen nicht geleistet werden können, während der nächsten Jahre von uns genommen. Es konnte eine Gesundung unserer Wirtschaft, eine planmäßige Ordnung derselben angebahnt werden, und es wäre weiterhin zu hoffen, daß in den nächsten Jahren die Entente sich zu einer Verständigung über die Friedensbedingungen bereit fände. Dies wäre der dritte Erfolg der Erfassung der Sachwerte.

Wenn die Spitzenorganisationen in ihrem Aufruf schreiben: „Dringend erforderlich ist es, daß die gesamte Arbeiterschaft an allen in Betracht kommenden Stellen für die Durchführung dieser Forderungen eintritt. Je stärker der Widerstand im Lande, um so eher wird es gelingen, den Widerstand der bestehenden Schichten gegen dieses Programm zu brechen.“, so ist es nunmehr Aufgabe der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit aller Energie diese Aufklärungsarbeit zu betreiben, damit jeder einzelne sich darüber im klaren ist, welche Bewandnis es mit der Erfassung der Sachwerte hat. Es ist zu hoffen, daß auch weite Kreise der christlichen und sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Beamten die Notwendigkeit der Durchführung der Erfassung der Sachwerte erkennen. Und sich auf die Dauer dem Massenwillen der Bevölkerung entgegenzustellen, wird weder den Industriellen noch der Regierung möglich sein.

Zur Aussperrung in Schlesien.

Berichtigung

Zu unserer Auslassung in Nr. 2 ging uns folgende Berichtigung zu:

„In Nr. 2 vom 13. Januar 1922 berichteten Sie unter „Zur Aussperrung in Schlesien“ über die Aussperrung im Culenburger und bringen dort ein Intermezzo, das sich angeblich in unserer letzten Hauptversammlung abgespielt haben soll.“

„Ein mittlerer Webereibesitzer hat sich dafür ausgesprochen, daß man doch den Arbeitern angesichts der großen Teuerung entgegenkommend zeigen sollte. Er fügte hinzu: „Meine Herren! Wir können es doch, wir haben doch gut verdient und verdienen noch!“ Darauf erwiderte der gestrenge Vorsitzende, Herr Willy Fleischer-Reichenbach: „Aber lieber Freund! Sie sind hier falsch organisiert. Wenn Sie so für die Arbeiter eintreten, dann hätten Sie sich im Deutschen Textilarbeiter-Verbande organisieren sollen!“

Wir bemerken hierzu, daß diese Angaben völlig aus der Luft gegriffen sind und ersuchen Sie unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes um baldige Richtigstellung.

Hochachtungsvoll

Bezirksgruppe Reichenbach E. B. des Verbandes Schlesiischer Industrieller E. B.

Wir bemerken dazu, daß wir an den Angaben unseres Berichterstatters, der sich stets als zuverlässig erwiesen hatte, zu zweifeln keinen Anlaß hatten und auch nach dieser Berichtigung solchen Zweifel nicht hegen.

D. R.

Aus den Gewerkschaften.

Die Aufgaben

des internationalen Gewerkschaftsbundes.

Bei einer Unterredung, die der Hamburger Korrespondent des „Soz. Parlamentsdienst“ mit dem Genossen Edo Timmen, dem Sekretär der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale hatte, äußerte sich dieser über die Aufgaben des internationalen Gewerkschaftsbundes. „Wir stehen augenblicklich vor der Tagung des internationalen Gewerkschaftsbundes, die für den 20. Januar nach Rom einberufen ist. Das außergewöhnliche an dieser Zusammenkunft ist, daß zu ihr nicht nur die Landeszentralen und eigentlichen Glieder des I. G. B. eingeladen sind, sondern auch die Berufssekretäre, die bisher zwar zum großen Teil mit Amsterdam sympathisieren, aber nicht organisatorisch zusammengeschlossen sind. In Rom wollen sie versuchen, einem solchen Zusammenschluß näherzukommen, und daher im Anschluß an die Versammlung des Gewerkschaftsbundes eine solche mit den Vertretern der internationalen Berufsverbände einleiten.“ Auf die Frage, ob nicht auch die Bekämpfung des Militarismus und die Verhinderung eines neuen Krieges besprochen werden soll, antwortete Timmen: „Ja, dieser Punkt steht seit langem auf unserer Tagesordnung. Schon am 14. und 15. November haben wir in Amsterdam eine Besprechung gehabt, an der auch die Vertreter der internationalen Berg-, Transport- und Metallarbeiter-Organisationen teilnahmen. Dem Beschluß dieser Organisationen, im Kriegsfalle den Generalstreik zu erklären, ist die Gewerkschafts-Internationale beigetreten, und eine Kommission, bestehend aus ihrem Bureau und je einem Vertreter der 3 internationalen Syndikate hat die Weiterführung der kriegsgegenwärtigen Pläne übernommen. Am 6. und 7. Januar hat dieses provisorische Komitee in Amsterdam getagt und Vorbereitungen für die Beratung dieser Fragen in Rom getroffen. Dort soll Anschluß noch nicht fest verpflichteter Organisationen und Einschaltung eines ständigen Ausschusses möglichst ein oberster Generallstab gegen Militarismus und Krieg geschaffen werden, dem auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Sollen sich alle internationalen Verbände dem Vorgehen der drei genannten an, dann sind wir eine Macht, an deren Willen alle imperialistischen und militaristischen Pläne der Welt zu scheitern werden müssen. Schon heute stellt der internationale Gewerkschaftsbund mit seinen 24 Millionen organisierten Arbeitern eine solche Macht dar, die keiner unterliegen sollte.“ — Auf den Einwand, daß von den Rechtsstehenden von der „toten“ Internationale gesprochen wird, antwortete Timmen: „Die Internationale ist nicht tot. Natürlich ist ihre Aktionskraft an die jeweilige ökonomische Lage ge-

bunden und diese ist heute überaus schlecht. Rund 25 Prozent beträgt in vielen europäischen Ländern die Arbeitslosigkeit und da ist es klar, daß die nationalen Angelegenheiten im Vordergrund stehen. Zur Zeit der Hochkonjunktur konnten wir den Boykott gegen Ungarn erklären, die Waffentransporte nach Osten zu hindern, die Einmarschgefahr für das Ruhrrevier durch eine Drohung abzuwenden helfen. Man soll nur nicht glauben, wir seien macht- und tatenlos. Das Gegenteil ist der Fall, wir sind sehr schnell einmal erweilen. Das größte Hemmnis ist jedenfalls die Zersplitterung der Arbeiterklasse. Hätten wir eine einige, geschlossene, politische Bewegung neben unserer gewerkschaftlichen, dann wären wir unbesiegt.“

Aus der Textilindustrie.

Erneute schwierige Lage der polnischen Textil-Industrie. Nach den vielfach widersprechenden Nachrichten über die Lage der polnischen Textilindustrie ist ein Bericht von Interesse, den das „Vollarchiv“, Berlin, aus Warschau erhält. Darin heißt es u. a., daß bis Anfang November sich die Lage der Textilindustrie günstig gestaltete und von dann an eine fortwährend erste Krisis einsetzte, die in erster Linie mit dem Steigen der polnischen Valuta begründet wird. Die Auslandskonkurrenz wird stärker. Von Export kann keine Rede sein. Die Läger sind mit Waren überfüllt. Um eine Einstellung der Betriebe zu verhindern, erteilte die Regierung Lombardkredite in Höhe von 40 Prozent des Schätzwertes fertiger Waren; ferner sollen durch die Fabrikgebäude und Maschineneinrichtungen verpfändete Kredite erteilt werden. Während durch diese Maßnahmen in letzter Zeit die Krisis in der Baumwollindustrie gemildert worden ist, besteht die ernste Lage in der Woll-Industrie fort. Die Betriebe arbeiten 2 bis 3 Tage in der Woche. Der Landtag und die Regierung beraten über die Gewährung neuer Hilfsmittel.

Der Ausstand in der Würzener Teppichfabrik A. G. dauert fort. Zugang von auswärtig ist zu unterlassen.

Soziale Rundschau.

Die Versorgung der Altrentner.

Das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 gilt bekanntlich nur für die Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen. Die Versorgungsansprüche derjenigen Personen, die vor dem 1. August 1914 als Beschädigte oder Hinterbliebene Anspruch auf Militärversorgung erwarteten, werden durch das Altrentnergesetz geregelt. Dieses gilt mit Wirkung vom 1. Januar 1921; seine Anwendung soll jetzt allgemein erfolgen. Die auf Grund der früheren Militärversorgungsgesetze festgesetzten Renten werden durch die Versorgungsbehörden nach dem Altrentnergesetz, das die Bezüge der Altrentner an die nach dem Reichsversorgungsgesetz zustehenden anpaßt, umanerkannt. Mit der Durchführung des Gesetzes sind vom Reichsarbeitsministerium beauftragt worden: a) die Hauptversorgungsämter hinsichtlich der Hinterbliebenen; b) die Versorgungsämter hinsichtlich aller übrigen Versorgungsberechtigter. Bei der Umanerkennung wird darauf Bedacht genommen, daß die Bedürftigen zuerst in den Besitz der erhöhten Bezüge gelangen. Da die Umanerkennungsarbeiten jedoch eine längere Zeit erfordern, ist angeordnet worden, daß den Witwen und Waisen der Unterlassen, die sich zum Teil in großer Notlage befinden, mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 laufende Zuschüsse gewährt werden. Für die Vorschußzahlungen kommen nur solche Witwen und Waisen in Betracht, deren steuerbares Jahreseinkommen den Betrag von 8200 M. jährlich nicht übersteigt. Sie erhalten vom zuständigen Hauptversorgungsamt einen Vordruck zu einer Erklärung zugestanden, in der sie über die Höhe ihres Einkommens genaue Angaben machen müssen und anerkennen, daß die ab 1. Oktober 1921 zur Auszahlung kommenden Bezüge Abschlagszahlungen auf die nach dem Altrentnergesetz im Vorschußwege zustehenden Bezüge sind. Die Höhe der den Altrentnern ab 1. Oktober 1921 zustehenden Bezüge ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Ortsklasse	Witwen unter 50 Jahren		Witwen über 50 Jahren	
	„	„	„	„
A	150,55	250,80	75,30	125,55
B	144,80	241,35	72,60	120,85
C	133,65	222,75	66,85	111,40
D	122,55	204,20	61,45	102,30
E	111,40	185,65	55,70	92,85

Das sind die niedrigsten, nach dem Altrentnergesetz zustehenden Sätze. Stehen höhere Gehaltsklassen zu, so wird der Unterschiedsbetrag bei der endgültigen Umanerkennung nachgezahlt.

Die Ausführungsbestimmungen zum Altrentnergesetz sind jetzt erschienen. Neben diese und alle anderen mit dem Altrentnergesetz zusammenhängende Fragen geben neben den amtlichen Stellen die Ortsgruppen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen Auskunft.

Die Hilfe des internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) für das hungernde Rußland.

Am 28. Dezember v. J. hat das erste Schiff, der Dampfer „Christiane“ den Hamburger Hafen verlassen. Die Ladung besteht aus:

588 700 Kilogramm	Roggenmehl,
250 000 „	Weizenmehl,
50 450 „	Zuder,
35 704 „	Kafee,
6 186 „	Tea,
10 050 „	Suppenpräparaten,
29 180 „	Speck,
29 916 „	Schmalz,
11 308 „	Margarine,
28 512 Dosen	kondensierte Milch,
13 Kisten	Medikamenten usw.,
5 300	Männersocken,
3 500	Frauenmännlein,
10 000	Paar Socken,
2 000	Holzschuhe.

Zur Begleitung des Transports und zur Verteilung im Hungergebiet hat der I. G. B. die Genossen A. Wauters (Brüssel), W. I. Mershaus (Berlin) und Stroht (Hamburg) delegiert.

Ein zweiter Dampfer wird im Januar in Hamburg beladen werden. Die hierfür bestimmten Lebensmittel sind zum Teil schon angekauft und lagern in Hamburg oder sind noch nach Hamburg unterwegs.

Die Befrachtung der Dampfer erfolgt durch die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., die auch den Einkauf der Waren für den I. G. B. in der Hauptsache übernommen hat.

Arbeitslosenfürsorge in Dänemark.

Das dänische Parlament beschäftigt sich zur Zeit mit einer Reform des Arbeitslosengesetzes vom Jahre 1919. Das Bestreben geht hauptsächlich dahin, das bisherige Unterstützungssystem, das auf die Dauer als ungenügend empfunden wird, etwa auf der Grundlage der schwedischen Gesetzgebung durch Notstandsarbeiten zu ersetzen.

Der Regierungsentwurf sieht staatliche Unterstützung für die Notstandsarbeiten der Gemeinden vor unter der Voraussetzung, daß die beschäftigten Arbeitslosen niedrigere als die normalen Löhne bezahlet werden. Wer solche Arbeit ablehnt, soll vom Bezüge der Arbeitslosenhilfe sofort ausgeschlossen werden.

Um das erforderliche Zusammenwirken der Stellen, die sich mit der Arbeitslosenfürsorge befassen, mit den Arbeitsnachweiser zu sichern, sollen beide Einrichtungen in Zukunft einem gemeinsamen „Arbeitsdirektor“ unterstellt sein.

Die Arbeiter haben den Entwurf heftig bekämpft, weil sie befürchten, die neue Regelung könnte der Unabhängigkeit der Arbeitslosen-Versicherungsvereine und der Gewerkschaften selbst gefährlich werden. Auch würde ein allgemeiner Druck auf die Löhne die Folge sein. Der dänische Gewerkschaftsbund forderte zu dem Entwurf, daß jede Verschlechterung der bisherigen Fürsorge und die Möglichkeit des allgemeinen Lohnabbaues vermieden werde, daß die Tätigkeit der Arbeitsnachweiser sich nicht auf Fragen der Arbeitslosenversicherung erstreckt und es den Unternehmern nicht ermöglicht werde, auf dem Wege über den Arbeitsnachweis Einfluß auf die Arbeitslosenversicherungsvereine zu gewinnen, daß bei der Bezahlung auch von Notstandsarbeiten die in Kollektivverträgen niedergelegten sonst üblichen Lohnsätze gezahlt werden usw. usw.

Wenngleich der Entwurf der Regierung im allgemeinen den Vorschlägen der Arbeitgeber entspricht, so haben diese dazu doch noch einige Forderungen erhoben. Sie wünschen vor allem schärfere Kontrolle, durch die Unberechtigten der Bezug von Unterstützung unmöglich gemacht werden soll. Das Unterhaus hat bei der Annahme des Entwurfs solche Kontrollbestimmungen hinzugefügt. Der Gesetzentwurf liegt jetzt dem Oberhause vor.

Jugendliche Arbeiterinnen aus Italien.

Die Spinnerei und Weberei Steinen, A.-G. in Steinen, hat durch ihren Herrn Direktor Köchlin ein Gesuch beim badischen Arbeitsministerium eingereicht, mit dem höchsten Ersuchen, vorerst die Genehmigung zu erteilen, daß aus Italien 12 jugendliche Arbeiterinnen eingeführt werden dürfen. Die italienische Regierung in Rom habe bereits ihre Zustimmung erteilt. Begründet wird das Gesuch damit, daß die Firma ein Mädchenheim besitze, das zur Zeit nur mit 5 Arbeiterinnen besetzt ist und deshalb mit Leichtigkeit weitere Arbeiterinnen jugendlichen Alters, unter der Obhut einer katholischen Ordensschwester, dort untergebracht werden könnten. Ferner sei es der Firma beim besten Willen trotz Insertion in verschiedenen Zeitungen nicht möglich gewesen, genug jugendliche Arbeiterinnen zu erhalten, damit der Spinnerei- und Webereibetrieb wieder voll aufgenommen werden könne.

Wir erwarten, daß die badische Regierung die ihr abgeforderte Genehmigung versagen wird. Der Mangel an inländischen Arbeiterinnen kann noch nicht so groß sein, daß man zu ausländischen keine Zukunft nehmen müßte, und sollte der Mangel wirklich so fühlbar sein, so wäre doch anzunehmen, daß er sich in nächster Zeit behebe. Wir gönnen den italienischen Kolleginnen die Arbeit in Deutschland, haben aber mit ihnen als Lohnrückerinnen früher so üble Erfahrungen gemacht, daß wir ihre Konkurrenz wenigstens solange nicht dulden können, wie nicht einwandfrei nachgewiesen wird, daß es in Deutschland an Arbeiterinnen fehlt. Die Behauptung der interessierten Spinnerei ist kein einwandfreier Nachweis; wenn sie trotz Inserierens keine heimischen Arbeiterinnen bekommen konnte, kann ja auch unzureichender Lohn daran schuld sein und anderes mehr. Würde das zutreffen, wäre zu befürchten, daß solcher Zustand sich verewigen könnte infolge Zugangs von Italienerinnen, aber anzunehmen, daß er bald einem für die Arbeiterinnen günstigerem Zustande weichen müßte, wenn die Italienerinnen fern blieben. Wie uns von gut unterrichteten Kollegen mitgeteilt wird, zahlte die Fabrik in Steinen jugendlichen Arbeiterinnen noch Löhne, mit denen kein Mädchen ohne Unterstützung seitens der Eltern auskommen kann. Unter solchen Umständen liegt es im Interesse auch der italienischen Mädchen, in ihrer Heimat zu bleiben, denn die aus Not nach Deutschland kommen — aus anderen Gründen dürften sie kaum ihre sonnige Heimat verlassen —, haben wohl schwerlich auf Unterstützung seitens ihrer Eltern zu rechnen, vielmehr werden diese wohl auf Unterstützung seitens der Mädchen rechnen.

Genossenschaftliches.

Genossenschaftlicher Anschauungsunterricht für Staatsbeamte.

Das Reichliche Wirtschaftsamt in Gera hat eine größere Summe zur Verfügung gestellt, um einer Anzahl von Staatsbeamten Anschauungsunterricht durch die Beschäftigung genossenschaftlicher Großbetriebe zu gewähren. Die beteiligten Herren weiten kürzlich u. a. auch in Hamburg, um die Einrichtungen der zentralen und lokalen Genossenschaften in Augenschein zu nehmen.

Die englischen Genossenschaftler über Deutschlands Entschädigungspflicht.

In einer Jahresbetrachtung äußert sich das englische Konsumgenossenschaftsblatt, die „Co-operative News“ (Nr. 140 vom 31. Dezember) über die Beziehungen der Allierten zu Deutschland. In der ersten Jahreshälfte sei der Betrag festgesetzt worden, den Deutschland an Reparationen zu zahlen habe. Die Summe sei so ungeheuerlich, daß ihre zwangsweise Beitreibung sich als Katastrophe charakterisieren würde. In England habe am Jahresende die bessere Einsicht Oberhand gewonnen. Der vom Krieg entzündete Haß sei abgestorben, weil man auch begriffen habe, daß eine solche Zahlung die Sieger ebenso sehr verwunden würde wie die Besiegten. In Frankreich dagegen sei die Bewegung in der Richtung zu vernünftigen Beziehungen zu Deutschland viel langsamer gewesen, und am Jahresende sei es durchaus noch nicht sicher, ob Deutschland angehalten werde, bis zum letzten Pfennig zu zahlen, oder ob jene bessere Einsicht, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas verhüten möchte, obliegen werde. Wie berechtigt die letztgenannten Zweifel der englischen Genossenschaftler waren, zeigt der Ausgang der Konferenz in Cannes.

Bermischtes.

Dumping.

Dumping ist eine der meist erörterten wirtschaftlichen Erscheinungen seit dem Zeitalter des Hochkapitalismus. Es bedeutet Warenlieferungen ins Ausland zu Preisen, die unter den Herstellungskosten der Produzenten des Absatzgebietes stehen. Diese Preisunterbietungen im Auslande waren in der Vorkriegszeit das wohlüberlegte Werk großer, nach Wirtschaftsgebieten organisierter Kapitalmächte: der Kartelle und Syndikate. Sie haben aus zweierlei Motiven Dumping betrieben. Einmal wurde ein gewisser Ueberfluß der Produktion im Auslande um jeden Preis losgeschlagen um das Angebot an dem zumeist kollapsierten inneren Markte zu begrenzen und so die große Masse des indigenen Produktes im Inlande teuer verkaufen zu können. Andermal verfolgte die Ausfuhr zu Schleuderpreisen in erster Linie den Zweck, einen fremden Markt zu erobern. Das organisierte Großkapital konnte es sich dabei leisten, auf einige Zeit mit Verlust zu arbeiten, um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen oder auf die Knie zu zwingen.

Nach dem Kriege erhielt das Wort Dumping einen anderen Sinn. Aus dem Kampfmittel der Starke wurde jetzt ein Zeichen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der Schwäche. Das Valutadumping wurde nun eine der brennendsten Fragen der Weltwirtschaft, weil die fertig letzte Entwertung der Valuten der zusammengebrochenen Länder unausgesetzt neue Verwirrung der Märkte verursachte.

Man greift daher mit Interesse nach einem Buche, das einen Problemkreis behandelt, mit welchem alle Faktoren der jüngsten Wirtschaftsentwicklung zusammenhängen. Sowohl eine begriffliche Klärung wie eine übersichtliche Darstellung der mit dem Dumping verknüpften Tatsachenverhältnisse sind bei der Wichtigkeit des Themas von Bedeutung. Die Arbeit des Dr. Ludwig D. Pelt: „Das Dumping“ (J. Schwäger-Verlag, München 1921) erfüllt bedauerlicherweise keine dieser Anforderungen. Auf eine begriffliche Durcharbeitung verzichtet der Verfasser von vornherein und begnügt sich mit der auszugswweisen Wiedergabe der Auffassungen einer Anzahl Nationalökonomien über das Wesen des Dumping. Aber auch in der Darstellung des Tatsächlichen fehlt der einheitliche Zug, der bei einer solchen komplexen Erscheinung unbedingt erforderlich ist, um dem Leser ein klares Bild zurückzulassen. Bei dem Dumpingproblem handelt es sich um nichts weniger als um die Erfassung der jüngsten weltwirtschaftlichen Entwicklung unter einem bestimmten Gesichtspunkte! Dr. Pelt reißt aber bloß Einzelheiten aneinander. Seine Stellungnahme fordert in vielen Fällen scharfe Kritik heraus, schon weil sie einer Befangenheit den kapitalistischen Monopolverbänden gegenüber entzwingt.

Berichte aus Fachkreisen.

Buchholz-Annaberg und Umgegend. In einer gutbesuchten Vertrauenspersonen-Konferenz des Textilarbeiter-Verbandes, welche Sonntag, den 15. Januar, im „Waldschlößchen“ in Buchholz tagte, berichteten Geschäftsführer Hermann und die Mitglieder der Tarifkommission über die letzten Tarifverhandlungen und die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Nach bewegter Aussprache gelangte zu einstimmiger Annahme folgende Resolution: „Die am 15. Januar 1922 tagende Konferenz der Vertrauensleute des Deutschen Textilarbeiterverbandes, als Vertretung von ca. 6000 Textilarbeitern des oberen Erzgebirges, protestiert nach Entgegennahme der Berichte ihrer Vertreter über den Verlauf der Tarifverhandlungen sowie über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß — Kammer Annaberg — gegen das erneute Bestreben des Gesamtverbandes der vereinigten Arbeitgeberverbände für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Annaberg, die Löhne sämtlicher Branchen nach den niedrigsten Sätzen zu nivellieren und damit die Arbeiterschaft den größten Entbehrungen auszusetzen. Die Verammlung spricht weiter dem Schlichtungsausschuß — Kammer Annaberg — das Recht ab, soziale Tariflöhne festzusetzen, wo solche noch nicht bestehen. Die Form der Festsetzung der Lohnsätze muß ausschließlich den beiden Kontrahenten vorbehalten bleiben. Die Konferenz drückt außerdem ihr Bestreben aus, daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Herr Rechtsanwalt R o t h e in öffentlicher Verhandlung einen Stundenlohn von 10,30 M. für männliche Arbeiter über 20 Jahre als einen für das Erzgebirge zu hohen Lohn bezeichnet. Als Vorsitzender eines derart wichtigen Instituts müßte er auch Kenntnis haben, daß die allerwichtigsten Lebens- und Bedarfsmittel, wie Mehl, Kartoffeln, Kohlen, seit November und Dezember ganz bedeutend gestiegen sind, und mit einem Abbau der Preise noch nicht gerechnet werden kann. Aus diesem Grunde erwartete die Arbeiterschaft, daß eine solche Instanz bei Festsetzung von Lohnsätzen die rapide Aufwärtsbewegung der Preise voll würdige. Die Versammelten können die Sprüche in Sachen der Postämter- und Knopf- und Füllertütenindustrie nicht anerkennen und beauftragen die Verbandsleitung, alle organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um eine Besserung in der Regelung der Lohnverhältnisse herbeizuführen.“

Nördlingen. In unserer am 12. Januar abgehaltenen Generalversammlung gingen die Wahlen glatt vonstatten. Der nächste Punkt galt der Lohnhöhung, die nach 3 Monaten endlich zur Auszahlung kam, (durch den Streik der Heizer und Maschinenisten war sie hinausgeschoben worden). Die Beitragserhöhung wurde nach langem Hin und Her einstimmig angenommen. Kollege **K r i k** mahnte alle zu treuem Zusammenhalten im Verband.

Reichenbach i. B. Die Jahres-Generalversammlung der hiesigen Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes, welche am Sonntag, den 14. Januar im „Kaiserhof“ abgehalten wurde, war nur mäßig besucht. Eingangs der Versammlung gedachte man in ehrender Weise der verstorbenen Mitglieder. Geschäftsführer, Kollege **H a u s o l d**, erstattete den Jahres- und Kassensbericht. Seit nach dem Kriege ist eine gewisse Stabilität eingetreten. Trotz der erheblich neu eintretenden Teuerungswelle mußten lange Lohnverhandlungen geführt werden, um den Lohn der Textilarbeiterschaft zu erhöhen. Im ganzen Jahre besitzern sich die Verhandlungstage mit den Vorbesprechungen auf zirka 80. Die Lohnverhältnisse sind aber noch lange nicht in dem Rahmen, in den sie hineingehören. An Versammlungen und Sitzungen haben außer obigen insgesamt 623 die Tätigkeit des Geschäftsführers in Anspruch genommen. Ein Streik mußte angewandt werden, um für die Färberei- und Webereiarbeiterschaft die geforderten Lohnhöhlungen zu schaffen. Die Streitigkeiten innerhalb der Betriebe haben ebenfalls zugenommen. — Geschäftsführer, Kollege **S c h m i d t**, sprach über die bezugnehmenden Schlichtungsausschuß-Verhandlungen und gab hierbei den Anwesenden beachtenswerte Winke. Kollege **H a u s o l d** wies noch darauf hin, daß die verbesserten Stundenlöhne in den Akkordlohnbestimmungen immer in der richtigen Weise angewandt werden möchten, da doch bei Abschlüssen 2 Seiten nötig sind. Um die finanzielle Seite zu wahren, müßten die Verbandsbeiträge weiter dem Staat und den Stundenlöhnen entsprechend erhöht werden. — Der Mitgliederbestand beziffert sich auf rund 7000. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 732 372 Mark. Der gedruckte Bericht wird in nächster Zeit den Mitgliedern zugestellt. — Den Revisionsbericht gab Kollege **D i e t r i c h**, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. — Es folgten dann die Wahlen. **H a u s o l d** sprach dann noch über die Lohnsätze, die im November und Dezember getätigt worden sind. Er kam dabei auch auf das steuerliche Gebiet zu sprechen und führte an, daß manche Akkordarbeiter und Weber in n e n mit Kindern bei mehr als einwöchiger Berechnung des Akkorddienstes erhebliche Nachteile haben könnten. — Es wurde beschlossen, weitere Beitragsmarken in der Höhe, die den statutarischen Bestimmungen entspricht, baldigt zu bestellen und den Lokalaufschlag von 50 Pfg. auf 1 Mark zu erhöhen. Der Zeitpunkt der Einführung wird dem Gesamtvorstand zu bestimmen überlassen.

Sommerfeld. Am Donnerstag, den 5. Januar, fand mit reicher Tagesordnung unsere Generalversammlung statt. Das zur Verfügung stehende Lokal erwies sich als zu klein, um die 800—900 erschienenen Mitglieder zu fassen. Kollege **S c h ö n** gab den Jahres- und Jahresbericht. Aus den Berichten war zu entnehmen, daß sich die Mitgliederzahl um 436 erhöht hat und der Lokalaufschlag auf 32 207 77 M. gestiegen ist. — Nach dem Bericht erfolgte die Wahl des Geschäftsführers, Kollegen **S c h ö n**, per Affirmation einstimmig. Zum ersten Vorsitzenden wurde der bisherige Vorsitzende, Kollege **W e i f f e r**, einstimmig wiedergewählt. Zur Lohnverhandlungsfrage wurde beschlossen, daß der Vorstand mit den Mitgliedern der örtlichen Tarifkommission alles daran setzen soll, um eine Lohnhöhung durchzudrücken; im übrigen soll der Kommission freie Hand gelassen werden. Die Anwesenden verpflichteten sich, voll und ganz hinter den Beschlüssen der Organisation zu stehen. Die Versammlung wurde um 11 Uhr mit dem Wunsch geschlossen, daß in diesem Jahre alle Versammlungen so gut besucht sein mögen, wie diese erste.

Spremberg. Eine Betriebsversammlung der Firma **C. A. Krüger** fand am 11. d. M. in Roberts Konzerthaus statt. Von den über 400 Beschäftigten waren nur 100 erschienen. Die Versammlung war auf Betreiben des Leiters des Kreiswohlfahrts-

amtes, Herrn Gehler, und der Betriebsleitung vom Betriebsrat einberufen worden. Die Belegschaft sollte in dieser Versammlung Stellung nehmen zur Aufbringung der für die Kreiswohlfahrtspflege benötigten Mittel. Referent war der Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes, der in längerer Ausführungen die Frage behandelte. Zuvor hatte der Landrat d. s. Kreises Spremberg, der auch erschienen war, in einleitenden Worten die Notwendigkeit der staatlichen Wohlfahrtspflege begründet. Das Charakteristische an seinen Worten war, daß er den Arbeitern erwiderte, als seien soziale Fürsorge und sozialistische Politik ein und dasselbe. Man hörte als Grundton die innige Verknüpfung des Reformsozialismus mit den sozialliberalen Fürsorgebestrebungen des Bürgertums heraus. Auch die Rede des Leiters des Kreiswohlfahrtsamtes bewegte sich auf derselben Linie. Kein Wunder, wenn durch solche Reden das Klassenbewußtsein der Arbeiter getrübt und der gesunde Instinkt der indifferenten Masse auf eine Linie gebracht wird, die sie immer tiefer ins Elend führen muß. Der Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes beliehte die Sache so hinzustellen, als seien die hiesigen führenden Kollegen in den Gewerkschaften gegen die Kreiswohlfahrtspflege und insbesondere gegen den Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes aus politischen und persönlichen Gründen. Keiner der führenden Gewerkschaftskollegen, gleichviel welcher politischen Richtung, hat aber jemals daran gedacht, die staatliche Fürsorge zu bekämpfen. Nur vor Illusionen — als könnte die Wohlfahrtspflege alle Not aus der Welt schaffen — haben sie gewarnt. Lag das nicht im Interesse der von Herrn Gehler vertretenen Sache? Die Gewerkschaftsführer hätten sich einer Pflichtverletzung schuldig gemacht, wenn sie das nicht getan hätten. Es dreht sich hier um die Frage: Wer soll die Mittel für die Kreiswohlfahrtspflege aufbringen — die Arbeiterklasse oder die besitzenden Klasse? Die Antwort auf diese Frage dürfte wirklich keinem Arbeiter und keinem im Betriebe stehenden Kollegen, ob Rechtssozialist, Unabhängiger oder Kommunist, schwerfallen. Herr Domann, als Vertreter der Firma, hat, wenn auch ungewollt, Fingerzeige gegeben, die beachtet werden sollten, wenn die Wohlfahrtspflege für die Bevölkerung segensreich wirken soll. Herr Domann sagte, daß er in seinem Betriebe bereits einen Fonds für Wohlfahrtszwecke von ungefähr 200 000 Mark angelegt habe. Wie, wenn es Herrn Gehler gelänge, Herrn Domann zur Ausführung eines Teils seines Fonds an das Kreiswohlfahrtsamt zu bewegen? Das Bestreben des Herrn Gehler müßte sich freilich auf die ganze besitzende Klasse erstrecken. Sollte es dieser an gutem Willen fehlen, dann gäbe es für eine Behörde noch vielerlei Mittel und Wege (Einführung von Luxussteuern und dergleichen), dem Wohlfahrtsamt genügend Mittel zuzuführen. Herr Gehler will einen anderen Weg gehen; er will mit Hilfe der Betriebsleitungen die Arbeiterschaft zur Aufbringung der finanziellen Mittel heranziehen. Dem widersehen wir uns mit allen Kräften. Das ist der wackelige Kern des Streites, der seit Monaten sich zwischen dem Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes und führenden Gewerkschaftskollegen abspielt. Da in der Versammlung der Kern des Streites nicht herausgeholt wurde, ging sie denn auch ohne jede Klärung der Differenzen auseinander. Aus der Versammlung heraus wurde vorgeschlagen, durch Sammeln von Unterschriften oder durch eine geheime Abstimmung im Betriebe die Sache zum Abschluß zu bringen, weil das in der Versammlung nicht möglich war. Wir warnen davor!

Wir bringen gleichzeitig nachstehende Entschlieung, die vom Vorstand des Gewerkschaftsartells und der Sekretariatskommission am 19. Dezember 1921 einstimmig und von den Kartelldelegierten am 5. Januar 1922 mit 26 gegen 5 Stimmen angenommen wurde, zur Kenntnis aller Gewerkschaftsmitglieder, und eruchen die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, sich geschlossen hinter ihre berufenen Vertreter zu stellen.

Entschlieung:

„Die am 19. Dezember versammelten Mitglieder des Kartellvorstandes und der Sekretariatskommission des Ortsauschusses Spremberg sind nach ershöpfender Aussprache zu der Auffassung gekommen, daß das Verhalten des Landrates und des Kreiswohlfahrtsleiters gegenüber dem Arbeiterjetzrat, auf das schärfste zu verurteilt ist.“

Die Aussprache hat ergeben, daß durch Verdrehung von Tatsachen, Zersplitterung in die Gewerkschaften hineingetragen wurde.

Im Hinblick auf die unkluge Taktik des Kreiswohlfahrtsleiters bezüglich der von ihm geplanten Aktion zur Aufbringung der Mittel für die Kreiswohlfahrtspflege, stehen die Kollegen auf dem Standpunkt, daß eine weitere Propaganda des Kreiswohlfahrtsleiters in den einzelnen Verbänden und Betrieben im Interesse der Gewerkschaftsbewegung nicht geboten erscheint, und hoffen, daß der Landrat und der Kreiswohlfahrtsleiter von heute ab sich nicht mehr um gewerkschaftliche Angelegenheiten kümmern. Im übrigen behält sich das Gewerkschaftsartell weitere Schritte vor.“

Literatur.

„Die Schule der werdenden Gesellschaft.“ Von Dr. **K r i k** **K a r s e n**, Oberstudienrat. Preis 7 Mark. 1922. J. S. W. Diez Nachf. — Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

„Ein feiner Weg. Lebenserinnerungen.“ Von **O t t i l i e** **B a a d e r**. Verlagsbuchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis geb. 16 Mark.

„Der Sozialismus einst und jetzt“, von **E d u a r d** **B e r n s t e i n**, (Preis 20 M.).

K a r l **M a r c h i o n i n i**: Sieben Jahre deutscher Hungerkriege. Preis 9 M. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges., Abt. Buchhandlung, Leipzig, Lauchaer Str. 19-21.

„Baumwoll- und Leinenabrechnung.“ Ausgabe 1921 (erste Auflage), sieben erschienen. Inlandspreis bei portofreier Zusendung 85 M. + 20 Prozent Teuerungszuschlag. Verlag „Deutsche Baumwollindustrie“, Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin SW. 68, Zimmerstr. 88.

Das Werk umfaßt auf über 300 Seiten etwa 6000 Adressen der Industrie wie des Großhandels in Rohstoffen und Fertigerzeugnissen der Baumwoll- und Leinenbranche und ermöglicht infolge seiner außerordentlich praktischen und übersichtlichen Gliederung eine sofortige Orientierung von den verschiedensten Gesichtspunkten aus. Als besonders wertvoll sei das umfangreiche Verzeichnis der gelamten in- und ausländischen Verbände (mit informativischer Einleitung über Gliederung und Bedeutung der einzelnen Organisationen) und ein umfassender „Bezugsquellen-Nachweis für Textilzeugnisse“ erwähnt. Das gut ausgestattete Werk dürfte jedem Textilfachmann völlig unentbehrlich sein.

D r. E r i c **W i t t e**, **Der Unterricht im Geiste der Völkerveröhnung.** Verlag Neues Vaterland, E. Berger & Co., Berlin W. 62. — Preis 5.— Mark.

S o z i a l i s t i s c h e **T h e o r i e n** und **s o z i a l d e m o k r a t i s c h e** **P r o g r a m m e**. Eine volkstümliche Einführung in den Sozialismus von **P a u l** **K a m p f m e y e r**. 1922. J. S. W. Diez Nachf. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68. Preis 2.— Mark.

Achtung Kollegen!

Wer kann Auskunft geben über **J a c o b** **J e n t g e s**. Er geriet am 8. Juni 1916 bei Baranowitsch in russische Gefangenschaft. (Landwehr-Infanterieregiment 57, 5. Kompagnie.) Am 7. November 1917 gab er von der Insel Negan bei Baku ein letztes Lebenszeichen von sich. — Nachrichten erbeten an Frau **J a c o b** **J e n t g e s**, Krefeld, Prinz-Ferdinand-Str. 120.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 29. Januar, ist der 4. Wochenbeitrag fällig.

Zusammenkünfte Mitglieder-Versammlungen.

- Berlin, Stidereiachner. Mittwoch, 25. Januar, abends 6 Uhr, bei Gurjch, Wallstr. 32.
- Berlin, Stidereiachner. Freitag, 3. Februar, abends 6 Uhr, bei Gurjch, Wallstr. 32: **Deute und Funktionäre.**
- Leobshüh. Sonnabend, 4. Februar, im Volkshaus, Coseler Str. 6.
- Berlin, Dekateure. Jeden Freitag von 3—4 Uhr, Stallhreiberstr. 39: **Zählung.**
- Kiel. Sonnabend, 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Fürstentum (Spreew). Dienstag, 31. Januar, abends 7 Uhr, im Gesellschaftshaus.
- Bernau. Montag, 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Reinhardt (Orla). Freitag, 3. Februar, abends 8 Uhr, im „Waldschlößchen“.

Adressenänderungen.

- Gau Hannover. Bramsche. V. Adolf Rajing, Otterbreite 8. — Braunschweig. V. Karl Siedentopf, Südkint 12. — Delmenhorst. V. Wilhelm Heele, Schanzengasse 84. — Kiel. V. C. Dibbern, Schauenburger Straße 16. — Neumünster. V. Paul Rißhölke, Haart 58. — Wegejad. Die Filiale heißt ab 1. 22 Blumenthal i. Hannover.
- Gau Cassel. Fulda. V. Karl August Gottschüt, Kronhofstraße 3. — Hattorf. K. Wilhelm Weuschaun, Eilernstraße 72. — Langensalza. V. Robert Becker, Hohenstraße 5. — Sondershausen. V. Leopold Hoffmann, Jecha b. Sondershausen, Rabenellenbogen 171. — Wernshausen. V. Gustav Frant, Schmalkalden, Eichenzreihe 11. K. Eduard Herrmann, Niederhämmladen.
- Gau Harzen. Crefeld. V. Adolf Horster, Hülsstraße 282.
- Gau Sinitgart. Mötzingen. K. Jaf. Müller, Radergasse 21. — Schiltach. V. Raimund Harter, Schentzeneller Straße 47. — Wangen i. Allgäu. V. Johann Disinger, Alpenstraße. K. Julius Praxel, Spinnereimeister.
- Gau Augsburg. Briefe an Georg Schneider, Erlangen, Nürnbergstraße 43. — Holzkirchen. V. Georg Meßner, Neuerklam, Post Holzkirchen. — Schwabach. V. Willi Wittmann, Prinzingerberg 22. K. Georg Riebel, Hördertorstraße 18. — Waldmünchen. K. Joseph Heumann jun., Nr. 204.
- Gau Gera. Berga a. d. Elster. K. Heinrich Köpfel, Brüdernstraße 140. — Blankenburg. V. V. Albert Müller, Am Delberg. K. Hermann Hager, Schöbchen. — Münchberg. V. Mar. Fülle, Eichertstraße. — Weida. V. Friedrich Schmeißer, Gabelsbergerstr. 6. — Zeulenroda. V. Franz Herrmann, Obere Buchenreihe 8. — Jörbig. V. Paul Meßer, Leipziger Straße 64. K. Otto Kieker, Leipziger Straße 3.
- Gau Dresden. Frankenberg in Sachl. V. Louis Baumann, Chemnitzer Straße 17. — Glauchau. V. Andreas Burm, Lindenstraße 31. — Stollberg i. Erzgeb. V. Emil Drescher, Chemnitzer Straße 18.
- Gau Piesitz. Gauvorsitzender Bruno Schumann, Gutenbergstraße 13. — Rudolstadt. K. Bollenhain. V. und K. August Fröhlich, Nieder-Merzdorf. Kreis Bollenhain.
- Gau Berlin. Gleifsen. V. Paul Schall. — Jüterburg. V. Gustav Weinowski, Süßstraße 46. — Magdeburg. V. Robert Maier, Grohottersleben, Fabrikstr. 5. — Nahebuhr. K. Willi Rahmer, Dan-

jiger Straße 11. — Wittenberge. V. W. Gehrts, Steinhardenbergstraße 40. — Zernsdorf. V. Friedrich Laue, Breite Straße 93. K. Friedrich Laue, Breite Straße 12.

Totenliste.

- Magden. Cornelius Brangenberg, W.ber. 59 Jahre, Lungenerkrankung.
- Adorf. Frau Anna Sprenger, 44 Jahre, Herzschwäche.
- Naumburg. Rothmann. Anna, Spinnerin, 37 Jahre, Magen-geschwüroperation.
- Mugsburg u. Umg. Johann Mair, Textilarbeiter, 31 J., Kehlkopfleid.
- Bernau. Marie Eichbaum, 65 Jahre, Lungenerkrankung.
- Bietigheim. Marie Luithe, 24 Jahre, Ringspinnerin, Grippe.
- Bietigheim-Untermberg. In Nr. 2 soll es heißen: Luise D r i t h statt Ott.
- Breslau. Anna Klotz, Spinnereiarbeiterin, 61 Jahre, Herzkrankheit.
- Chemnitz. Ello Fir, Arbeiterin, 20 Jahre, Gelbsucht. Selma Klara Wolf, Arbeiter, 20 J., Lungenerkrankung. Nam Schreiner, Stricker, 85 Jahre, Altersschwäche. Marie Wiltz, Linde, Spulerin, 69 Jahre, Altersschwäche. Lina Irma Wolfram, Repassiererin, 32 J., Grippe. Hilma Sohr, Spulerin, 26 Jahre, Entzündungsfolge. Gertrud Schönherz, Repassiererin, 22 J., Grippe.
- Dresden. Gertrud Wöhner, Copig, 19 Jahre, Herzlähmung. Frida Reichmann, Dobritz, 34 Jahre, Entbindung.
- Zaltendorf. Albert Gola, Schwindlucht.
- Glauchau. Helene Brunert, 54 J., Magenleiden. Albin Jacoby, 49 Jahre, Lungenerkrankung. Karl Gräfe, 75 Jahre, Altersschwäche. Paul Hugo Temmler, 31 Jahre, Kriegsverfolgen.
- Göppingen. Marie Eger, Büglerin, 69 Jahre, Rippenfellentzündung.
- Guben. Lisbeth Schmolting, 24 Jahre, Lungenerkrankung. Kaiserlautern. Jakob Lang.
- Landeshut i. Schlef. Ernstine Käpelt, Invalidin, 77 Jahre, Altersschwäche. Berta Krajak, Treiberin, 50 Jahre, Mastdarmkrebs. Emma Renner, Weiferin, 24 Jahre, Tuberkulose.
- Landeshut i. Schlef. Emma Renner, Weiferin, 24 Jahre, Tuberkulose. Marie Lott, Weiberin, 52 Jahre, Schlaganfall.
- Landeshut — Piesbau. Josef Weidner, Fehler, 51 Jahre, Gehirnschlag.
- Leipzig. Hopf, Elsa, Anlegerin, 31 Jahre, Grippe. Renner, Ernst Arb., 71 Jahre, Herzschwäche. Schulze, Anna, Arb., 42 Jahre, Herzschwäche.
- Meerane. Franz Louis, Glaser, Weber, 76 Jahre. Karl August Barth, Weber, 76 Jahre. Emil Heine, Weber, 67 Jahre. Louis Wolf, Färb.-Arb., 67 J., Julius Ferdinand Köpfer, Weber, 74 Jahre. Karl Otto Körner, Weber, 36 Jahre. Karl Friedrich Köpfer, Weber, 65 Jahre. Julius Ahmuh, Scherer, 64 Jahre. Richard Häfner, Weber, 67 Jahre. Gustav Adolf Köpfer, Färb.-Arb., 70 Jahre. Julius Ott, Weber, 65 Jahre. Katharine Weibel, Treiberin, 48 Jahre.
- Schweina. Elise Scharfenberg, 48 Jahre, Lungentuberkulose. Christian Wuth, 54 Jahre, Lungentuberkulose. Margarete Piefer, 35 Jahre, Lungenerkrankung.
- Triebes. Frieda Böttcher, 27 Jahre, Lungenleiden. Ferdinand Fiedler, 39 Jahre, Schlaganfall.
- Ulm. Ewald Mad, Weber, Laichingen. Elisabeth Opfinger, Weiberin, Dn. Clemens Paffel, Trietotweber.
- Zeulenroda. Heinrich Müller, Strumpfwirkermeister, 62 Jahre. Adolf Vertel, Wirtler, 55 J. Ehre ihrem Andenken!

Stiderei-pauserin **Rahmenstiderein**
sumftich, gewandt, für erste Stetung dauernd gesucht
Willi Wille / Berlin, Birkenstr. 33 / Bahnhof Putzstr.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 27. Januar

Verlag: Karl Hüßli in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dressel in Berlin, für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Berliner Druckeret G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Wirtschaftliche Beilage zum „Textilarbeiter“

Inhalt: Wirtschaftliche Rundschau. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet während des Monats Dezember 1921. Scheinkonjunktur. Aus den Aktiengesellschaften. Wochenbericht der Bremer Baumwollbörse. Preisnotierungen der Industrie- und Handelskammer Stuttgart. Protest des christlichen Textilarbeiter-Verbandes gegen die Aufhebung der Reichsstelle für Textilwirtschaft usw. Das Schiffenklüßen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Unternehmerpresse stellt in ihren Rückblicken übereinstimmend fest, daß 1921 das gesegnetste Jahr gewesen ist, das die deutsche Textilindustrie jemals erlebt hat. Das gilt von allen Zweigen der Textilgewerbe; die Spinnereien ebenso wie die Webereien, die Händler und die Kleiderfabrikanten haben eine Periode stürmischer Hochkonjunktur hinter sich. Der Geschäftsgang war im vorigen Jahr nicht gleichmäßig. In der ersten Hälfte herrschte eine ausgesprochene Flaue; die Preise für die Rohstoffe waren zurückgegangen, das wirkte auf die Warenpreise ein; die weniger kapitalkräftigen Fabrikanten und Händler hatten Verluste zu verzeichnen. Mit der Entwertung der deutschen Mark in der zweiten Jahreshälfte begann das Geschäft sich zu beleben. Trotz der sprunghaft steigenden Preise wurde die Nachfrage immer stärker, wenn der Inlandskäufer die hohen Preise nicht bewilligen wollte, so gingen die Waren eben ins Ausland. Bis Anfang Dezember überstieg die Nachfrage weitaus deren Angebot, die Händler kauften, was sie nur bekommen konnten, auch das zahlungsfähige Publikum unternahm einen Sturm auf die Geschäftsläden, so daß schließlich am Ende der Hochkonjunktur weder bei den Fabrikanten noch bei den Großhändlern nennenswerte Warenbestände vorhanden. Anfang Dezember kam der Dollarkurs und damit eine Wendung im Geschäftsgang. Die Kunden hielten mit neuen Aufträgen zurück, es wurde wieder vorsichtiger disponiert. Am Gesamtertrag des Jahres 1921 hat das nichts mehr ändern können; Fabrikanten und Händler haben ihren Segen geborgen und sie können der weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegensehen.

Besonders deutlich läßt sich die Kurve der Konjunktur des vorigen Jahres an den

Kursen der Aktiengesellschaften

verfolgen. Aus den an der Berliner Börse im Jahre 1921 notierten Textilverwerten seien in folgendem einige der bekanntesten Unternehmungen genannt:

	Niedrigster Kurs Prozent	Höchster Kurs Prozent	Kurs Ende 1921 Prozent
Machener Spinnerei	380	2900	900
Bebdurger Wolle	403	2500	1400
Bremer Wollkämmerei	414	2500	1785
Konfordia-Spinnerei	240	1960	1225
Deutsche Tute	405	1498	1300
Deutsche Wolle	412	2200	1785
Düsseldorfer Kammgarn	272	1800	1300
Eisenberger Kattun	288	1800	1250
F. Elsbach u. Co.	365	1775	1100
Falkensteiner Gardinen	275	1600	900
Glabbacher Wolle	410	6000	1200
Glabbacher Textil	360	2300	2200
Mechanische Weberei Linden	295	1450	900
Mechanische Weberei Zitta	330	1900	1275
Mehlsteuer Tüll	278	1500	800
Norddeutsche Trikot	236	1500	998
Plauener Gardinen	360	1480	1000
Plauener Spitzen	214	1240	710
Rongs Spinnerei	314	2150	1790
Rheinische Möbelfabrik	341	1699	1150
Schlesische Leinen	275	1800	1090
Schöller-Eitorf	312	2800	1550
Stoehr u. Co.	470	2780	1725
Tuchfabrik Aachen	310	1648	931
Verrein. Glanzstoff	720	4700	3550
Vorwärts-Spinnerei	223	1250	750

Dollarkurs M. 55,50 M. 310,00 M. 184,00

Man sieht also, wie die Aktienkurse das Auf- und Absteigen des Dollarkurses mitmachen. Je geringer der Wert der deutschen Mark, desto höher die Bewertung der Aktien. Das Kapital flüchtete in die Sachwerte. Die Gewinne der Aktienbesitzer ergeben sich aus den Dividenden und Tantiemen, aus den Sondervergütungen und den Gratisaktien der Unternehmungen; sie werden noch ergänzt durch den Profit, den die Aktienbesitzer infolge der gewaltigen Kurssteigerungen einstreichen können.

Die Preisgestaltung

folgte getreulich den Bewegungen des Dollars. Im zweiten Halbjahr 1921 zeigten die Preise der Textilrohstoffe folgende Bewegung:

	15.8.14	29.8.21	26.9.21	25.11.21	20.12.21
Baumwolle					
New-York greifbar (cts. f. lb)	13.40	16.42	20.25	18.30	19.05
Bremen (M. f. kg)	1.28	33.50	54.50	130.-	83.30
Liverpool (lb. f. lb)	9.16	10.66	14.57	12.04	11.32
Le Havre (libram. Fracs. f. kg)	2.32	4.20	4.90	5.40	5.50
Wolle					
Lyon Grèges II (Fracs. f. kg)	57 1/2	53 1/2	170-307	175-315	205-380
Ganz					
London, Manila I (L. f. ton)	25 1/2	37	37 1/2	38	38
Tute					
London, nat. first m (L. f. ton)	31 1/2	28 1/2	33 1/2	24	25 1/2

In Deutschland zeigte die Preisentwicklung für Baumwolle, Garne und Gewebe nach den Notierungen der Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse folgendes Bild:

Wochen-Tage	Amerikan. Baumwolle per Kilo Mark:	Baumwollgarn Nr. 36 per Kilo Mark:	Baumwollgewebe 88 cm Cretonnes per Meter Mark:
12. Januar	27.50	65 - 70	10.00 - 11.00
16. Februar	20.50	54 - 59	8.30 - 8.80
16. März	18.25	50 - 53	7.70 - 8.00
20. April	18.00	46 - 49	7.50 - 7.70
18. Mai	17.50	46 - 59	7.50 - 7.70
15. Juni	20.20	47 - 50	7.60 - 7.80
20. Juli	23.20	51 - 54	8.00 - 8.20
7. September	47.90	80 - 84	11.80 - 12.30
5. Oktober	63.00	104 - 108	15.00 - 15.50
16. November	108.00 - 110.00	185 - 195	25.50 - 26.50
21. Dezember	76.00	155 - 160	20.50 - 21.00

Die Fabrikanten suchten selbstverständlich die Preise für die Fertigwaren dem jeweiligen Preisstand für den Rohstoff anzupassen, auch wenn sie die Materialien noch in der billigeren Zeit eingekauft hatten. Sie nahmen neue Bestellungen herein und verschleppten zum Teil die Ausführung der Aufträge zu den alten, niedrigeren Preisen. Wo die Unternehmer durch Syndikate oder durch besondere Monopolstellung den Markt beherrschten, da gingen sie rücksichtslos zur Ausnützung der Konjunktur vor. So setzte das Nähgarn-Syndikat für 1000 Meter Obergarn 4 fach folgende Preise fest:

am 12. September	M. 12.50
am 19. September	M. 13.50
am 13. Oktober	M. 17.00
am 7. November	M. 25.00
am 1. Dezember	M. 38.00

Die zuletzt genannte Notierung bedeutet gegenüber dem Friedenspreis eine mehr als hundertfache Verteuerung für Nähgarne. Im Dezember mußte das Syndikat die Preise allerdings wieder etwas ermäßigen. Ein anderer bekannter Fall ist die Preistreiberie mit Kunstseide. An der Kurssteigerung der Aktien der Vereinigten Glanzstofffabriken kann man ablesen, welche Gewinne diese Gesellschaft durch ihre Monopolstellung erzielt hat. Allgemein kann man feststellen, daß sich die Preise für Garne und Gewebe zwischen dem 30-80fachen des Friedensstandes bewegen, während selbst von Unternehmenseite zugestanden werden muß, daß die Arbeitslöhne im Höchstden auf das 12fache gestiegen sind.

Wie sind nun

die Aussichten für das nächste Jahr?

Ist die Konjunktur wirklich zu Ende und haben wir mit einer neuen Periode steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu rechnen? Es ist begreiflich, daß von interessierter Unternehmenseite die Auffassung verbreitet wird, als wären die fetten Monate vorüber und eine Zeit der Sorge im Anzuge. Damit will man offensichtlich die Bestrebungen der Arbeiter durchkreuzen, die darauf gerichtet sind, ihre Löhne der maßlos gesteigerten Teuerung anzupassen. Jedoch soll man sich durch diese mit besonderer Absicht pessimistisch gefärbten Auffassungen nicht irremachen lassen. Zweifellos ist es, daß bis auf wenige Zweige der Textilindustrie alle Fabriken mit Aufträgen bis weit ins Frühjahr hinaus versehen sind, und wenn auch die Kunden im Dezember Zurückhaltung geübt haben, so steht doch weiter fest, daß die Lager der Großhändler und auch der Kleinhändler geräumt sind, daß sie also noch längere Zeit hinaus den Einkauf nicht zurückhalten können. Im Januar sind denn auch bereits wieder neue Bestellungen in größerer Zahl eingegangen.

Der „Konfektionär“ hat bei seinen Abnehmern eine Nachfrage veranstaltet, wie sie die Aussichten für 1922 beurteilen. Die Antworten stammen zumeist aus Händlerkreisen, jedoch wird man auch sie nicht als unmaßgeblich ansehen können. Hören wir: „Ich glaube deshalb annehmen zu dürfen, daß ja nach dem Eintritt der wärmeren Witterung im Monat März schon wieder ein lebhafterer Geschäftsgang sich einstellen wird.“ (Manufakturwaren.) „Immerhin ist mit einem gewissen Konsum zu rechnen, so daß jedenfalls die Pessimisten Unrecht haben dürften, die meinen, daß für den Sommer das Geschäft unbedeutend würde.“ (Handschuhe.) „Wir haben Ursache zu glauben, daß sich, soweit unser Artikel in Frage kommt, auch das nächste Jahr in gleicher Weise gestalten wird.“ (Vereinigte Glanzstoff-Fabriken, Elberfeld.) „Ganz wie im gegenwärtigen Geschäftsjahr werden sich meiner Ansicht nach die Verhältnisse im Geschäftsjahr 1922 entwickeln.“ (Import und Export.) „Der Bedarf in Textilwaren für das Jahr 1922 wird ein ebenso großer werden, als das im abgelaufenen Jahre der Fall war.“ (Seidenwaren.) „Immerhin rechnen wir mit einer lebhafteren Nachfrage, da der Bedarf zweifellos vorhanden ist und sowohl bei Engros- als Detail-Geschäften bedeutende Auslandsgeschäfte getätigt wurden.“ (Tuche.) „Die augenblickliche Abschwächung des Geschäftes ist ein Vorkommnis, das uns nicht im geringsten pessimistisch stimmt.“ (Webstoff-Aktiengesellschaft, M.-Glabbach.) „Ich glaube auch nicht, daß wir allzu schwarz in die Zukunft zu blicken brauchen.“ (Wäscheausstattungen.) „Wir vertreten die Ansicht, daß auch das kommende Geschäftsjahr in Anbetracht des enormen Bedarfes des tausenden Publikums sich günstig entwickeln wird.“ (Herren- und Knabenkonfektion.) „Wir sehen die Lage, was unsere Branche anbetrifft, optimistisch an.“ (Zupons.) „In vielen Kreisen wird mit einer erneuten Warenknappheit im März oder April gerechnet.“ (Schürzen.) „Als gewiß ist wohl anzusehen, daß der Warenverbrauch auch im kommenden Jahre ein großer sein wird.“ (Großhandel.) „Für das Frühjahr liegen bereits größere Aufträge vom In- und Auslande vor.“ (Wirk- und Strickwaren.) „Die Aussichten für das kommende Geschäftsjahr werden jedenfalls nicht schlecht beurteilt.“ (Manufakturwaren.)

Entscheidend für die Gestaltung des Geschäftsganges werden allerdings

die politischen Abmachungen

sein, die zwischen Deutschland und der Entente und die wirtschaftlichen Vereinbarungen, die auf der europäischen Konferenz von Genua getroffen werden sollen. Man darf als sicher annehmen, daß Deutschland die Wiedergutmachung nur zum kleineren Teile in bar, in der Hauptsache aber durch Sachleistungen zu leisten haben wird. Das muß eine Belebung aller Industrien und auch der Textilindustrie zur Folge haben. Die wichtigste Frage jedoch, die jetzt zu lösen ist, ist die Wiedereinbeziehung des europäischen Ostens in die Weltwirtschaft. Besonders Rußland bildet einen Faktor, der je nach der künftigen Ausgestaltung der Beziehungen dieses Landes zu den Westmächten eine überragende Bedeutung auf die industrielle Entwicklung, besonders Deutschlands, ausüben kann. Welchen Anteil die deutsche Textilindustrie an dem Wiederaufbau der ostpreussischen Wirtschaft nehmen kann, das erhellt schon aus der Tatsache, daß die 100-Millionen-Bevölkerung Rußlands nur mit dem allernötigsten an Kleidungsstücken versehen ist. In letzter Zeit sind Vertreter kapitalistischer Kreise in großer Zahl nach Rußland gekommen; sie berichten übereinstimmend, daß dort ein wahrer Heißhunger nach Textilwaren herrscht. Es wird jetzt ganz darauf ankommen, in welcher Weise der Bedarf der russischen Bevölkerung gedeckt werden soll. Sicher ist nur das eine, daß das Kapital der russischen Bevölkerung nur dann aus ihrer Not helfen wird, wenn es selbst ein gutes Geschäft dabei machen kann. Die russische Textilindustrie selbst ist gänzlich heruntergewirtschaftet; sie dürfte nur zum kleineren Teil in der Lage sein, den Ansprüchen zu genügen, zumal, wenn durch vermehrte Arbeitsmöglichkeit auch der Bedarf eine wachsende Steigerung zeigt. Die polnische Textilindustrie, die vor dem Kriege die Hauptlieferantin für Innenrußland und für Westsibirien war, soll zwar nach den Berichten von polnischer Seite die Verwüstungen des Krieges wieder überwunden

und etwa dreiviertel ihrer früheren Leistungsfähigkeit bereits erreicht haben. Sie hat aber neue Ab Absatzgebiete, besonders in Südosteuropa, gefunden; auch der polnische Innenkonsum soll sich wesentlich gesteigert haben, so daß sie als ernsthafte Konkurrenz selbst bei freundschaftlichen politischen Beziehungen zu Rußland, von denen noch lange nicht die Rede sein kann, nicht in Frage kommt. Man kann also immerhin damit rechnen, daß sich auf dem russischen Markt ebenso wie auf dem Markt der russischen Randstaaten und der südosteuropäischen Länder günstige Aussichten für die deutsche Textilindustrie eröffnen werden.

Wie man aber auch die Zeichen für das neue Jahr deuten mag, das eine ist sicher, daß die augenblickliche unsichere Lage die stärksten Anforderungen an die Gewerkschaften stellt, sowohl was die voraussehenden Maßnahmen der Leitungen wie die Haltung der Mitgliedschaft anlangt. Gerade in solchen kritischen Zeiten ist nüchternen Tatsachensinn und ruhige Urteilsfähigkeit zu verlangen. Deshalb ist es geradezu verbrecherisch, wenn beispielsweise durch ein Rundschreiben der kommunistischen Gewerkschaftszentrale, Bezirk Westsachsen, die kommunistischen Mitglieder des Textilarbeiter-Verbandes dazu aufgefordert werden, den Kampf gegen die „Gewerkschaftsbureaucratie“ aufzunehmen, und wenn weiter dort beauftragt wird, daß die Verbandsleitungen dem Bedürfnis nach einer einheitlichen Kampffront „allerhand organisatorische und technische Besonderen“ entgegensehen. Das heißt nichts anderes, als zwischen der Mitgliedschaft und ihren gewählten Vertrauensleuten, die doch selbst wieder einen Teil der Mitgliedschaft bilden, Mißtrauen zu säen und dadurch die Einheitsfront, die man im Munde führt, durch die Tat zu zerstören. In der augenblicklichen Situation ist der innige Zusammenhang zwischen den verantwortlichen Körperschaften und den Mitgliedern besonders notwendig. In dieser Beziehung können die Arbeiter noch sehr viel von den Unternehmern lernen. Dort kennt man keine Gegensätze politischer oder religiöser Natur, sondern nur das eine gemeinsame Interesse, hohe Gewinne einzustreichen. Gerade vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, haben auch die Arbeiter allen Anlaß, ihre besten Kräfte nicht im Bruderkampf zu verzetteln, sondern die gemeinsame Front dem gemeinsamen Gegner, dem Kapital, zuzuwenden.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet während des Monats Dezember 1921.

Die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder ist im Berichtsmonat insgesamt prozentual genau so groß wie im Vormonat (0,5 Proz.). Auch die männlichen und weiblichen Arbeitslosen fü sich errechnet, haben denselben Prozentsatz. Es sind gemeldet 1017 männliche, 2107 weibliche, zusammen 3124 Arbeitslose. Letztere Zahl ist um 26 die der weiblichen Arbeitslosen um 109 Personen niedriger als im Vormonat, während die Zahl der männlichen Arbeitslosen von 934 im November auf 1017 im Dezember also um 83 stieg.

Die Berichterstattung ging zurück von 95,2 auf 94,4 Proz. Die Anzahl der von Geschäftsführern geleiteten Filialen, welche nicht berichtet haben, ist gegen den Vormonat größer geworden. Es haben nicht berichtet: Göttingen, Vornach, Immo, Kirchau, Thalheim, Zillerthal und Nowawes. Diese 7 Filialen haben allein nach der Novemberzählung 25 822 Mitglieder, das sind 70 Proz. der Nichtberichtenden. Von der Gesamtzahl der Filialen (384) haben 56 mit 12 553 männlichen, 24 254 weiblichen, zusammen 36 807 Mitgliedern nicht berichtet.

Die Karten von Kirchau und Triebes gingen verspätet ein, so daß die auf ihnen gemachten Angaben keine Verwendung mehr finden konnten, weil das Resultat unserer Erhebung diesmal bis zum 15. Januar an das Reichsamt für Arbeitsvermittlung eingeleitet werden mußte. (Für die Monatszählung ist der Termin für Einlieferung an das Reichsamt der 10. des folgenden Monats, für die Quartalszählung der 15.)

Unsere Mitgliederzahl für Dezember ist folgende:

männliche	226 099
weibliche	480 850
zusammen	656 849

Berichtet haben:

männliche	213 946
weibliche	406 096
zusammen	620 042

Im Vormonat betrug die Gesamtmitgliederzahl 648 652, so daß eine Zunahme von 819 Mitgliedern zu verzeichnen ist.

Kurzarbeit.

Kurzarbeitende Betriebe sind 139 gemeldet, gegen 94 im November; ein Mehr von 45. Nichtsdestoweniger sank die Zahl der Kurzarbeiter bei den männlichen Mitgliedern von 2028 = 0,9 Prozent im November bis auf 1403 = 0,7 Proz. im Dezember, bei den weiblichen von 3252 = 0,8 Proz. auf 2556 = 0,6 Proz., bei den Gesamtmitgliedern von 5280 = 0,9 Proz. auf 3959 = 0,6 Proz. Nur der Gau Berlin geht mit seiner Prozentziffer über 1 hinaus: männliche 3,6, weibliche 1,2, zusammen 2,0 Proz. Die anderen 8 Gauen bleiben mit ihrem Anteil an der Kurzarbeit sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen und den Gesamtmitgliedern unter 1 Proz. In der Gesamtzusammenstellung der Kurzarbeit für das ganze Verbandsgebiet ist für die einzelnen Gruppen nachstehende Beteiligung zu vermerken:

Es arbeiteten verkürzt wöchentlich um:

- 1-8 Stunden 77 Betriebe mit 888 männlichen, 1360 weiblichen Mitgliedern,
- 9-16 Stunden 34 Betriebe mit 343 männlichen, 538 weiblichen Mitgliedern,
- 17-24 Stunden 21 Betriebe mit 150 männlichen, 407 weiblichen Mitgliedern,
- 25 und mehr 7 Betriebe mit 22 männlichen, 251 weiblichen Mitgliedern,
- zusammen 139 Betriebe mit 1403 männlichen, 2556 weiblichen Mitgliedern;

insgesamt: 3959 Kurzarbeiter im Verband; das sind 0,6 Prozent der Gesamtmitglieder. Die Tabellen mit den Angaben der einzelnen Gauen werden im Mitteilungsblatt veröffentlicht.

Berichtigung: Bei der Novemberzählung sind die Zahlen der männlichen und weiblichen Mitglieder des Gaus Augsburg verwechselt worden, so daß die Gesamtmitgliederzahlen des Verbandes wie folgt zu berichtigen sind:

männliche	224 157
weibliche	424 495
zusammen	648 652

Die Scheinkonjunktur 1921.

Es ist natürlich ein leichtes, bei oberflächlicher Betrachtung die deutsche Wirtschaft 1921 als günstige Konjunktur anzusprechen. Man kann dabei hinweisen auf den günstigen Beschäftigungsgrad der Industrie, auf die 25 Milliarden neuer Aktien, die emittiert worden sind, zum größten Teil als Kapitalerhöhungen, zum kleineren Teil als Neugründungen von Aktiengesellschaften, auf die gestiegenen Dividenden und Gründungsgewinne, die zweifellos in vielen Fällen viel größer wären als die offiziellen Geschäftsberichte und Bilanzen erkennen lassen, auf die produktionssteigernde Konzentration in Industrie und Bankwesen. Noch nie war der Geldmarkt so flüssig wie im vergangenen Jahre, zweifellos waren auf ihm gewaltige Gewinne, insbesondere in der Aktien- und Devisenspekulation zu verzeichnen, an denen auch Kreise beteiligt waren, die vorher nie etwas von Börsen- und Börsenspekulation gewußt haben. So daß die Marktflucht in die industriellen Sachwerte im Jahre 1921 direkt zu einem Gemeinplatz geworden ist. Schließlich wird man dann hinweisen auf die relativ günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes, standen doch jetzt 400 000 Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Jahres am Ende desselben nur noch etwa 200 000 gegenüber, eine Zahl, die an die besten Konjunkturjahre vor Friedenszeit erinnert und kaum ins Gewicht fällt gegenüber den Millionenzahlen von Arbeitslosen in England und Amerika.

Aber diesen Konjunkturzahlen stehen die der ökonomischen und sozialen Verelendung gegenüber, durch die diese Konjunktur in Wirklichkeit zur Scheinkonjunktur wird. Das Jahr 1921 hat für die deutsche Mark eine Valutakatastrophe nach der anderen gebracht. Ihr Auslandswert sank vorübergehend auf 1/2-2 Goldpfennige. Der Dollar, der Anfang des Jahres auf 70 bis 80 Mark stand, stieg bis zum November auf über 300, am Ende des Jahres bewegte er sich um 200. Aus dieser ungeheuren Geldentwertung sind die Zahlen der obigen Scheinkonjunktur in erster Linie zu erklären. Ihr haben wir den guten Beschäftigungsgrad der Industrie, die geringe Arbeitslosigkeit, den gesteigerten Export und Ausverkauf zu verdanken. Sie hat die gewaltige Kapitalerhöhungen notwendig gemacht, die durch sie verursachte gesteigerte Kreditbedürftigkeit von Wirtschaft und Handel hat das Jahr 1921 zu einem Jahr ausgebrochener Bankkonjunktur gemacht. Sie führte zu sprunghaften Preissteigerungen und zu neuer Inflation, die ebenfalls wieder preissteigernd wirkte. Die Höhe der Preissteigerungen ist im vergangenen Jahr mit den verschiedensten statistischen Methoden berechnet worden, die alle eine starke durchschnittliche 30- bis 50prozentige Preissteigerung gegenüber dem Friedensniveau ergaben. Am härtesten gestiegen sind natürlich die Einfuhrwaren, insbesondere die Textilrohstoffe, aber auch von den reinen Inlandswaren kletterten immer mehr zum sogenannten Weltmarktpreis empor. Die Reichsbeziffer für die notwendigsten Lebenshaltungskosten war im November auf 1927 gestiegen gegenüber 100 im Frieden. Relativ niedrig blieben bis jetzt noch die Preise für die Rohstoffe, das Brot und die Mehl, die aber infolge des fortlaufenden Abbaues der Zwangswirtschaft im Jahre 1922 sich ebenfalls wesentlich erhöhen dürften. Diesen Valuta- und Preiszahlen steht im Durchschnitt eine Lohn- und Gehaltssteigerung um das 10- bis 15fache, höchstens aber 18fache gegenüber, was zur Folge hat, daß breite Schichten der nur vom Arbeitseinkommen lebenden Bevölkerung der realen Kaufkraft nach weit hinter ihrem Friedenseinkommen zurückbleiben, wodurch der inländische Absatzmarkt immer mehr verengt wird.

Zwei weitere Erscheinungen vervollständigen das Bild dieser Scheinkonjunktur. Einmal das Glend der staatlichen Finanzwirtschaft. Von April bis November ist die schwebende Schuld des Reiches von 165,35 auf 237,87 Milliarden Mark, also um rund 72 Milliarden angewachsen. 161 1/2 Milliarden des Reichshaushalts 1920/21 waren schon vor Wochen noch ungedeckt und auch die Milliarden der neuen Steuererlöse, die zur Zeit noch in Betrachtung sind, werden nur einen Teil dieses Defizits zu decken imstande sein. Wenn man bedenkt, daß ein großer Teil dieser Reichsschuld als diskontierter Schatzwechsel unter den fremden Geldern der Großbanken rangiert, so bekommen die Zinsen der Bankabschlüsse ein ganz anderes Gesicht. Es zeigt sich, wie eng die günstige Entwicklung des Bankgeschäftes und Geldmarktes überhaupt mit der chronischen Krankheit unserer Staatsfinanzen verbunden ist und an welcher gefährlichem Abgrund dieses ganze Zahl-noebäude steht. Dazu kommt schließlich noch das durchaus unangünstige Bild unserer Handels- und Zahlungsbilanz. Der Einfuhrüberschuß hat sich bis zum November in erschreckendem Maße gesteigert, trotz der recht günstigen Exportkonjunktur. Von Mai bis November betrug die deutsche Einfuhr 65,7, die Ausfuhr 52,0 Milliarden, was einem Einfuhrüberschuß von 13,7 Milliarden Mark bedeutet. Im September allein betrug der Einfuhrüberschuß 3,2 Milliarden, im Oktober sogar 4 Milliarden. Eine Wendung scheint im November eingetreten zu sein, in welchem Monat nach den allerdings vorläufigen amtlichen Statistiken der Einfuhrüberschuß nur 0,4 Milliarden betragen haben soll. Ob diese letzte Zahl einen Umbruch in unserer Handelsbilanz bedeuten soll, läßt sich jetzt noch nicht abschätzen. Noch trüber wird das Gesamtbild infolge der schlechten deutschen Zahlungsbilanz. Die Lasten des Versailles Friedensvertrages bedeuten eine jahrelange lange Verschuldung an das Ausland, nach der Wegnahme der Handelsflotte, der Kolonien und nach der Liquidation des Auslandskapitals ist für absehbare Zeit an eine Aktivierung unserer Zahlungsbilanz nicht zu denken.

Aus den Aktiengesellschaften.

Fraktion zwischen der Kammgarnspinnerei Kaiserslautern, der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei Bremen. Die Verwaltungen der Kammgarnspinnerei Kaiserslautern und der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Bremen haben beschlossen, unter vollkommener Wahrung ihrer Selbstständigkeit zum Zwecke der Bearbeitung und Wahrnehmung gemeinschaftlicher Interessen in engere Beziehungen zueinander zu treten. Nach außen wird dies dadurch dokumentiert werden, daß Mitglieder der Verwaltung jeder Gesellschaft in den Aufsichtsrat der anderen treten, und daß jede Gesellschaft von der anderen 4 000 000 Mark neuausgebender, auf den Namen zu stellender, und mit 25 Prozent einzubehaltender Stammaktien zu pari übernimmt. Die Dividendenberechtigung dieser Aktien soll bis zur Kollisionszahlung, die nur im gegenseitigen Einverständnis gesehen soll, ruhen. Der Verkauf dieser Aktien soll für 10 Jahre gesperrt werden und dann nur mit Zustimmung des Vorstandes und Aufsichtsrats erfolgen dürfen. Entsprechende Anträge sollen in den auf den 31. Januar 1922 von beiden Gesellschaften einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlungen gestellt werden. Die Verwaltung der Kammgarnspinnerei Kaiserslautern wird in ihrer Generalversammlung noch eine weitere Erhöhung des Grundkapitals ihrer Gesellschaft um 4 300 000 Mark beantragen durch Ausgabe von a) 4150 auf den Inhaber lautenden Stammaktien zu 1000 Mark, b) auf den Namen lautenden Vorzugsaktien zu 1000 Mark, welche letztere vorerst nur mit 25 Prozent des Nennbetrages einbezahlt und mit den gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet werden sollen, wie sie im Art. 3 des Gesellschaftsvertrages für die schon bestehenden Vorzugsaktien festgelegt sind. Diese 4150 Stammaktien und 150 Vorzugsaktien sollen für das Jahr 1922 dividendenberechtigt sein und unter Ausschluß des Bezugsrechtes der Aktionäre von der Rheinischen Creditbank, Filiale Kaiserslautern, übernommen werden, erstere zum Kurse von 140 Prozent, letztere zu pari, mit der Verpflichtung, die Stammaktien den alten Stamm- und Vorzugsaktionären im Verhältnis von 2:1 zuzüglich der Kosten zum Kurse von 150 Prozent und die Vorzugsaktien den alten Vorzugsaktionären ebenfalls im Verhältnis von 2:1 zuzüglich der Kosten zum Kurse von 110 Prozent anzubieten.

Aktiengesellschaft für Gardinenfabrikation vorm. L. J. Bircklin u. Co. in Delitzsch i. B. Zwischen der Gesellschaft und der Dresdener Gardinen- und Spitzenmanufaktur A.-G. besteht seit Februar 1921 eine Interessengemeinschaft. Der abgeschlossene Vertrag führte am 29. Dezember 1921 in der in Dresden abgehaltenen Generalversammlung der Bircklin-Gesellschaft zu langwierigen Debatten. Man kam schließlich zu einer Einigung, worauf die Minderheit ihre Anträge auf Aufhebung des fraglichen Vertrages zurückzog. Die bereits vor Ausweis des Gewinns verbuchte Zuweisung von 300 000 M. auf Verfallkonten unterbleibt, dagegen werden 150 000 M. unter Kreditoren verbucht, da aus diesem die Ansprüche des früheren Direktors beglichen werden sollen. Außerdem werden die noch freiverbundenen 150 000 M. dazu verwendet, den Reingewinn auf 520 035 M. zu erhöhen. Die Dividende wird entsprechend auf 22 1/2 Prozent erhöht (anstatt der in Vorschlag gebrachten 15 Prozent). Die Zuweisung zur Reserve wird auf 25 000 M. und der Vortrag auf 95 135 M. erhöht. Herr Direktor Behrend tritt in den Aufsichtsrat der Bircklin-A.-G. ein, in den außerdem noch die Herren Fabrikbesitzer Karl Chemnitzer (Delitzsch) und Bürgermeister Freyer (Mittweida) hinzugewählt wurden.

Textilwerke und Kunstweberei Claviez in Dorf i. B. Die außerordentliche Generalversammlung vom 30. Dezember 1921 genehmigte die beantragte Kapitalerhöhung um 8,5 Mill. M. Stammaktien und 500 000 M. 6 Prozentiger Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht, beide Aktienartungen mit Dividendenberechtigung für 1922. Die neuen Aktien übernimmt die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt als Führerin eines Konsortiums und zwar die Stammaktien zu 200 Prozent, die Vorzugsaktien zu pari, mit der Verpflichtung, einen Teilbetrag den Aktionären zum gleichen Kurse im Verhältnis 1:1 anzubieten. Die restliche 1. Mill. M. Stammaktien bleibt in den Händen des Konsortiums, um dessen Einfluß auf die Gesellschaft zu kürzen. Die Verwaltung begründete die Kapitalvermehrung mit der in allen Betrieben sich geltend machenden Untotensteigerung und Betriebserweiterung.

Pausaer Tüllfabrik, Aktiengesellschaft, Pausa i. B. Die außerordentliche Generalversammlung vom 30. Dezember 1921 beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 500 000 M. auf 2 Mill. M. durch Ausgabe von 500 Stammaktien, die ab 1. Januar 1922 dividendenberechtigt sind. Die Kapitalvermehrung dient zum Erwerb der Hofer Konferven- und Wurstfabrik G. m. b. H. in Hof und gleichzeitig zur Umwandlung derselben in eine Aktiengesellschaft mit 1,5 Mill. M. Kapital. Von den Aktien der neuen Gesellschaft sollen 600 Stück den Aktionären der Pausaer Tüllfabrik im Verhältnis 5:2 zu 125 Prozent angeboten werden. Der Rest bleibt in den Händen der Verwaltung. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Herr Fabrikbesitzer Reinhard Mannens in Plauen i. Vogtland.

Westdeutsche Zulepinnerei und Weberei in Beuel. In der in Frankfurt a. M. am 29. Dezember 1921 abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde die Erhöhung des Grundkapitals von 3,6 Mill. M. auf 6,95 Mill. M. durch Ausgabe von 3600 Stammaktien, dividendenberechtigt ab 1. Januar 1922, beschlossen. Die jungen Aktien werden von einem Konsortium unter Führung der Mitteldeutschen Kreditbank zum Nennbetrage übernommen mit der Verpflichtung, 3 Mill. den bisherigen Stammaktionären zum Kurs von 110 Prozent im Verhältnis von 1:1 zum Bezug anzubieten. Die Kapitalerhöhung muß am 1. März 1922 durchgeführt sein. Sie wird mit Betriebserweiterungen und der außerordentlichen Steigerung der Rohstoffpreise begründet.

Dülkener Baumwollspinnerei Aktiengesellschaft in Dülken. Das Unternehmen schließt für 1920/21 nach Abzug der Abschreibungen und Zuweisung von 100 000 M. an den Entwertungs- und Erneuerungsbestand einschließlich 46 429 M. Vortrag mit einem Reingewinn von 130 688 (111 429) M. Hieraus werden 6 (4) Prozent Dividende verteilt und 35 688 M. auf neue Rechnung vorgetragen. — Die am 29. Dezember 1921 abgehaltene ordentliche Generalversammlung genehmigte den Jahresabschluss und erteilte der Verwaltung Entlastung. Die Dividende von 6 Prozent ist sofort zahlbar. Zwei ausscheidende Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt.

Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei, Bamberg. Die außerordentliche Generalversammlung vom 22. Dezember 1921 beschloß die Ausgabe von 3 Mill. M. Stammaktien, die ab 1. Januar 1922 voll dividendenberechtigt sind.

Spinnerei Deutschland in Gronau i. Weßl. Nach Abzug der Löhne, Untosten, Abschreibungen und Rücklagen stellt sich der Reingewinn der Gesellschaft einschließlich Vortrag auf 1 501 074 (841 513) M., woraus eine Dividende von 30 (25) Prozent ausgeschüttet wird.

Walter Reilner, A.-G., Barmen. Die Hauptversammlung vom 29. Dezember 1921 beschloß die Kapitalerhöhung um 7 Mill. auf 18 Mill. M. Stamm- und um 1 Mill. auf 2 Mill. M. 6 Prozentige Vorzugsaktien. Von den Stammaktien werden 4 Mill. M. den Aktionären im Verhältnis von 1:3 angeboten. Der Rest bleibt zur Verfügung des Aufsichtsrats. Die Erhöhung des Kapitals wurde mit der Geldentwertung und der starken Steigerung der Materialkosten begründet. Für die Vorzugsaktien erster Serie wurde das Stimmrecht, um sie mit den neuen Vorzugsaktien gleichzustellen, auf das Achtfache erhöht.

Wochenbericht der Bremer Baumwollbörse.

Bremen, 7. Januar. Das Inland zeigte etwas größeres Interesse, auch am Plage kamen mehr Umsätze zustande, besonders in greifbarer Ware.

Notierungen vom 6. Januar 1922:
Amerikanische Baumwolle. Preise in bar ohne Abzug.
(Markt für 1 Kilogramm)

Middl. febr	Full good middl.	Good middl.	Full middl.	Middl. ling	Full long middl.	Low middl.	Full good ordinary	Good or binary	De binary
92,80	89,80	87,60	85,40	82,90	78,80	74,80	71,50	68,20	62,70

Notierungen der letzten Woche:
American fully middling, good 31./12. 2./1. 3./1. 4./1. 5./1. 6./1.
color and staple, loco 1 Uyr
mittags — — 88,30* 86,50 93,70 85,10
6 Uyr nachmittags — — 88,60 88,10 90,50 85,40
*) nominell.

Preisnotierungen der Industrie- und Handelsbörse Stuttgart am 4. Januar.

Stuttgarter Verkaufsbedingungen: Garne: ab Fabrik, zahlbar netto Kasse ohne Skonto bei Fakturaempfang. Gewebe: ab Fabrik, zahlbar netto Kasse ohne Skonto innerhalb 30 Tagen nach Rechnungsdatum.

Baumwollgarne:

Nr. 20 engl. Trossel-, Warp- und Pincopz	125-130	Markt das Ailo
Nr. 30	150-155	"
Nr. 36	155-160	"
Nr. 42	157-162	"
Nr. 44	159-164	"

Baumwollgewebe:

92 cm glatte Rattune oder Croisés (19/18 pro 1/4, französl. Zoll) aus 36/42 r 18,50-19,40	Markt das Meter
88 cm Cretonnes (16/16 pro 1/4, französl. Zoll) aus 20/20er 22,00-22,50	Markt das Meter
88 cm Renforcés (18/18 pro 1/4, französl. Zoll) aus 80/80er 20,50-21,00	Markt das Meter

Protest des christlichen Textilarbeiter-Verbandes gegen die Aufhebung der Reichsstelle für Textilwirtschaft, sowie der Reichswirtschaftsstellen für die einzelnen Faserstoffgebiete.

Der Zentralvorstand und Verbandsauschuß des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands hat in seiner Vollversammlung am 8. Januar im Namen von 125 000 christlich organisierten Textilarbeitern energisch gegen das Vorhaben der Reichsregierung, durch Aufhebung der Bestimmungen des Bundesrats vom 27. 6. 1918 und 1. 2. 1919 über wirtschaftliche Maßnahmen auf dem Textilgebiet, die Selbstverwaltungskörper der Textilwirtschaft — Reichsstelle für Textilwirtschaft und Reichswirtschaftsstellen für die einzelnen Faserstoffgebiete — aufzuheben, ohne an deren Stelle andere, geeignete Selbstverwaltungskörper mit den notwendigen Rechten und Machtbefugnissen zu setzen, protestiert.

Er sagt hierzu: Die Beseitigung der bestehenden Selbstverwaltungskörper zu dem Zeitpunkt, wo durch entsprechende Einbeziehung der Arbeitnehmer die Organe wirklich paritätisch ausgestaltet sind, muß sowohl bei der gesamten Textilarbeiterschaft wie auch bei den Verbrauchern lebhaftes Befremden hervorrufen. Es wird darin ein unberechtigtes Eingehen auf das Verlangen jener Textilindustriellen erblickt, die in der paritätischen Ausgestaltung der Organe der Selbstverwaltungskörper eine Gefahr für die Profitbelange der sich in letzter Zeit immer stärker vertretenden Textilindustrie erblicken. Für eine Volksregierung dürften jedoch in erster Linie die Belange der gesamten deutschen Textilwirtschaft — und dazu zählen vor allem die mehr als eine Million Arbeiter und Angestellten der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie, sowie auch die 60 Millionen Verbraucher — maßgebend sein für solche entscheidenden Maßnahmen und nicht die Wünsche einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Textilindustriellen.

Die auf lange Zeit hinaus noch unsichere, schwankend bleibende Lage der deutschen Textilwirtschaft läßt die Aufrechterhaltung sowohl der Reichsstelle für Textilwirtschaft wie einer Anzahl Reichswirtschaftsstellen für unbedingt notwendig erscheinen. Die Augenhandelsstellen können nur Fragen der Ein- und Ausfuhr textiler Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate, behandeln. Die gleichfalls dringend notwendige Regelung aller innerwirtschaftlichen Fragen des Textilgebietes gebietet die Beibehaltung von mit entsprechenden Machtbefugnissen ausgestatteten Selbstverwaltungskörpern.

Soweit die veränderten Verhältnisse eine zweckmäßige Umgestaltung der Organe oder eine Zusammenfassung von Selbstverwaltungskörpern als notwendig erscheinen lassen, ist der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands gerne zur Mitarbeit bereit und verweist auf diesbezügliche Vorschläge in dem Schreiben der drei Textilarbeiterverbände vom 15. 11. 1921, gerichtet an den Herrn Vorsitzenden der Reichsstelle für Textilwirtschaft.

Zentralvorstand und Verbandsauschuß des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands geben der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß die Reichsregierung erst eine Aufhebung der eingangs bezeichneten Verordnung erünlit in Erwägung zieht, wenn nicht eine gefühlvolle Regelung für mit ausreichenden Rechten und Vollmachten ausgestatteten Selbstverwaltungskörper getroffen ist, in denen Arbeitnehmern und Verbrauchern volle Anerkennung und praktische Durchführung ihrer Gleichberechtigung gesichert wird.

Es muß dringend verlangt werden, daß keine entscheidende Stellungnahme der Reichsregierung in der Frage der Beseitigung der Reichsstelle für Textilwirtschaft sowie der Reichsstellen erfolgt, bevor dieselben in ihren Vertreterversammlungen oder in den Hauptausschüssen durch entsprechende Beschlüsse ihre Meinung zum Ausdruck gebracht hat.

Entschließung des Zentralvorstandes vom 29. 1. 22.

Der Zentralvorstand fordert:
Bildung von weitgehendst unabhängigen Selbstbewirtschaftungskörpern, vor allem für das Textil- und Bekleidungsgebiet. Zu diesem Zwecke sollen die Reichsstelle für Textilwirtschaft und die Reichswirtschaftsstellen für die einzelnen Faserstoffgebiete der Textilindustrie weiter ausgebaut werden, unter gleichberechtigter Einbeziehung und Mitwirkung der Arbeitnehmer wie der Verbraucherkreise. Diese Selbstbewirtschaftungskörper sollen mit weitgehenden Rechten ausgestattet werden und u. a. besonders die Aufgabe haben, für einen Preisabbau der Web-, Wirk- und Strickwaren wie der Bekleidungsgegenstände durch Steigerung und Verbilligung der Produktion und durch engere Verbindung von Erzeugern und Verbrauchern unter Ausschaltung der überflüssigen und warenvertuernd wirkenden Zwischenglieder zu sorgen.

Das Schiffenküssen.

Wir haben schon in der Vorkriegszeit einen ständigen Kampf geführt gegen das sogenannte Schiffenküssen, ohne daß wir größeren Erfolg gehabt hätten. Inzwischen sind nun eine Reihe Verbesserungen an dem Webeverfahren angebracht worden, die das Schiffenküssen vollkommen beseitigen, u. a. hat der Baumwollweber Johann Scherer, Augsburg, eine Vorrichtung an dem Webeverfahren erfunden, durch welche das Schiffenküssen vollkommen unterbleiben kann. Sie hat den Vorzug, daß mit Leichtigkeit und mit ebenso großer Schnelligkeit der Schußfaden durch das Schiffenkissen gezogen werden kann. Wir wünschen deshalb, daß die Arbeiterschaft überall darauf hindränge, Webeverfahren zur Einführung zu bringen, wodurch das etelastische Schußkissen mit dem Mund unterbleiben kann.

Der Gesundheitszustand der Textilarbeiter macht es zur gebieterischen Notwendigkeit, daß alle Einrichtungen getroffen werden, mittels welcher der Gesundheitszustand der Textilarbeiter gefördert wird. Die Uebertragung von Krankheiten durch das Schiffenküssen ist ja erwiesen. Wenn die Textilarbeiterschaft mit größerer Energie darauf hindrängt, daß die Unternehmer solche Schiffe zur Einführung bringen, bei welchen das Schiffenküssen überflüssig ist, so wird sie dies auch ohne weiteres durchsetzen, zumal auch die Aufsichtsbehörden die Arbeiterschaft in dieser Richtung hin unterstützen. Von Seiten der Unternehmer kann nicht eingewandt werden, daß dieses neue Schiffenküssen nicht praktisch sei, im Gegenteil, es ist u. a. von der Höheren Webeschule in Mönchberg (Oberfranken) und auch von anderen Webereifirmen ausprobiert worden. Uns wird von denselben mitgeteilt, daß sich dieser Schützen in der Praxis sehr gut einführen dürfte.